

6. Analyse des Zusammenhangs zwischen den *cleavage*-Positionen und den EU-Positionen der polnischen Parteien

Ziel der Untersuchung in diesem Abschnitt ist eine Antwort auf die Frage nach einem Zusammenhang zwischen *cleavage*-Positionen und EU-Positionen der polnischen Parteien zu finden. Mit anderen Worten: Inwieweit befinden sich die Positionen der Parteien mit jenen Positionen, die sich aus den *cleavage*-Strukturen ableiten lassen, in Übereinstimmung? Sofern ein Zusammenhang besteht, soll darüber hinaus beantwortet werden, wie stark er ist und welche *cleavage-Dimension* den stärksten Einfluss auf eine Positionierung in EU-Fragen hat. Die Analyse des Zusammenhangs der *cleavage*-Struktur mit den Positionen zur EU-Integration wird in drei Schritten durchgeführt. Zuerst werden die Parteienpositionen auf den *cleavage*-Dimensionen mit jeweils diese Positionen bekräftigenden Beispielaussagen, die aus den Parteiendokumentationen oder aus Äußerungen der die Partei führenden Persönlichkeiten bzw. Parlamentarier stammen, dargestellt. Diese Positionen werden anschließend mit entsprechenden EU-Positionen, die sich aus diesen *cleavage*-Positionen ableiten lassen, signiert. Da allerdings einige *cleavages* für die Parteien wichtiger sind als andere, wird im zweiten Schritt die Bedeutsamkeit der *cleavage*-Dimensionen anhand der Analyse der Parteienwahlprogramme bemessen. In einem dritten Schritt folgt die empirische Prüfung des Zusammenhangs von *cleavage*-Positionen der Parteien und deren Positionen zur EU-Integration.

Diese Untersuchung soll zeigen, inwieweit traditionelle innenpolitische Konfliktdimensionen die Positionen und Auseinandersetzungen der Parteien mit der EU-Integration und dem Beitritt Polens beeinflussen. Diese Ergebnisse erlauben einerseits eine Charakterisierung des polnischen Parteiensystems und Parteienwettbewerbs sowie die Abschätzung der Bedeutung der *cleavages* und der EU-Frage andererseits. Weiterhin wird versucht, nicht nur einzuschätzen, in welchem Ausmaß die EU-Frage in die gegebene *cleavage*-Struktur integriert wird, sondern auch, in welchem Ausmaß derartige Konfliktkonstellationen von Bedeutung auf der EU-Ebene sind oder werden können. Es soll versucht werden, einerseits das polnische Parteiensystem zu charakterisieren und andererseits den Einfluss von *cleavage*-Positionen auf die EU-Positionen zu quantifizieren. Dabei wird davon ausgegangen, dass die EU-Fragen sowohl Verteilungs- als auch Wertefragen berühren und es daher zu wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen *cleavages* und den Europapositionen der Parteien kommt.

6.1. Systematisierung der Parteienpositionen in den *cleavage*-Dimensionen und ihr EU-Bezug

Inwieweit lassen sich aus den *cleavage*-Positionen der Parteien ihre Positionen zur EU-Integration ableiten? Im Folgenden werden die *cleavage*-Positionen anhand zentraler Textstellen erfasst und daraus die zu vermutende Position zur EU-Integration abgeleitet. Für die dann

nachfolgende Analyse werden die Positionen der Parteien in den oben bereits dargestellten drei *cleavage*-Dimensionen erfasst: Auf der Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung Dimension, der konfessionell vs. säkular Dimension und schließlich auf der Staatsinterventionismus vs. freie Marktwirtschaft Dimension. Um eine Partei auf der *cleavage*-Dimension einordnen zu können, wird bei nicht eindeutiger Positionierung der Partei für die jeweils dominante Position entschieden. Als Grundlage gelten, ähnlich wie bei der Untersuchung der Standpunkte der Parteien in den vorherigen Unterkapiteln³⁴⁵, verschiedene empirische Materialien (Texte, Reden, Programme und sonstige Äußerungen in Medien). Dabei geht es vor allem um das Hervorheben eines bestimmten Bildes, das aus dem alltäglichen Prozess des politischen Werbens als Bild der Partei in der Bevölkerung entstand. Dieses Bild beruht auf den konkreten *policies*, für oder gegen die sich eine Partei durch Abstimmungen im Parlament entscheidet, den dort gehaltenen Reden und Disputationen, sowie einer Vielzahl von Signalen, die durch die Massenmedien übertragen wurden. Dabei werden auch die Gegenpositionen nicht außer acht gelassen.³⁴⁶

6.1.1. Wahlaktion Solidarität: Akcja Wyborcza Solidarność - AWS

Die Wahlaktion *Solidarność* sollte dem EU-Thema wegen seiner marktwirtschaftlichen Ausrichtung und ihrer Haltung in der Staatsfrage positiv gegenüberstehen, und dies trotz des gewerkschaftlichen Flügels, der sich für eine Garantie sozialer Besitzstände durch die Regierung und die Regulierung wirtschaftlicher Prozesse ausspricht. Die AWS steht einerseits für eine Dominanz des privaten Eigentums und des freien Marktes und tritt für strenge Haushaltsdisziplin und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik ein, andererseits befürwortet sie staatsinterventionistische und industriepolitische Mittel, um die Anpassungsfähigkeit der polnischen Wirtschaft zu erleichtern und für ein Minimum an sozialer Gerechtigkeit zu sorgen (Polityka 23/1997: 18, 38/1997: 3ff). Für ihre Positionierung auf der wirtschaftlichen Achse war jedoch die konsequente Fortführung der Reformpolitik durch die Buzek-Regierung entscheidend. Im AWS-Programm zeigte sich deutlich der Einfluss christlicher Prinzipien, insbesondere der katholischen Soziallehre auf das gesellschaftliche Leben. Betont werden Familientradition und das klare Bekenntnis zur nationalen Identität und zur Tradition Polens. Folglich sollte für die konservative Partei eine den EU-Beitritt ablehnende Haltung erwartet werden. Da nicht alle Kriterien, die von den Konfliktlinien abgeleitet wurden, auf eine EU-befürwortende Position hindeuten, ist ein Konflikt innerhalb der konservativen Partei zu erwarten.

³⁴⁵ Zum großen Teil werden hier Zitate verwendet, die bereit im Kapitel III-6 über die Europastandpunkte der Parteien zur Bekräftigung und Beschreibung der Standpunkte der Parteien genutzt wurden.

³⁴⁶ Uneindeutige Positionen werden im weiteren Teil der Analyse - bei der Kodierung der empirisch ermittelten Einstellungsdimensionen der Parteien, als eine mittlere/unentschiedene (0) Position bezeichnet. In Bezug auf die EU-Integration wird auch eine Bezeichnung verwendet, die in der Literatur als Position: „Für EU – aber...“ benannt wird.

Tabelle 12: Parteienpositionen und *cleavage*-Dimensionen - AWS

Dimension	Beispielaussage	EU-Position abgeleitet von <i>cleavages</i>
Traditionalismus	<i>Die Anwesenheit Polens in der EU kann das vereinigte Europa um die sich aus dem christlichen Erbe und der Tradition der nationalen Unabhängigkeit ergebenden nationalen und kulturellen Werte bereichern, die in Polen, trotz der Versuche zu deren Ausrottung, gepflegt wurden.</i> ³⁴⁷	europakritisch
Kosmopolitische Öffnung	Keine Position identifizierbar	-
Konfessionell	<i>Auf diese Art und Weise, unter Beibehaltung unserer eigenen Identität, werden wir die europäische Gemeinschaft - basierend auf den christlichen Wurzeln unserer Zivilisation – mitgestalten.</i> ³⁴⁸	europakritisch
Säkular	Keine Position identifizierbar	-
Freie Marktwirtschaft	<i>(...) die Reduzierung der Zollbarrieren, die Schaffung von Bedingungen für einen breiten ökonomischen und kulturellen Austausch im Rahmen einer freien Marktwirtschaft (...) stimmen mit den natürlichen Aspirationen der Polen überein.</i> ³⁴⁹	europafreundlich
Staatsintervention	<i>In dieser Situation sollte die Realisierung einer totalen Privatisierung der Wirtschaft, vor allem zu Gunsten des Fremdkapitals, durch eine vernünftige und ausgeglichene Wirtschaftspolitik des Staates den staatlichen und privaten Unternehmen gegenüber ersetzt werden.</i> ³⁵⁰	europakritisch

6.1.2. Recht und Gerechtigkeit: Prawo i Sprawiedliwość - PiS

Der westeuropäische Säkularismus und Kosmopolitismus gilt für die PiS als Gefahr für die katholischen und nationalen Prinzipien. Die PiS besteht auf der Souveränität Polens, soweit es um Themen wie den Schutz des Lebens, Ehe, Familie und Erziehung geht.³⁵¹ Wegen der oft zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen um die Zukunft Polens als Nationalstaat und der Befürchtungen um eine Verwässerung der ausgeprägt christlichen Identität Polens sollte von der PiS eine den EU-Beitritt betreffende ablehnende Haltung erwartet werden.

³⁴⁷ Standpunkt der Landeskommission (Ausschuss) NSZZ *Solidarność* Nr. 177/99 über Polens Integration in die EU im Internet unter: <http://www.solidarnosc.org.pl>

³⁴⁸ AWS-Wahlprogramm 1997, 8.

³⁴⁹ PK-Programm, in: Partia Konserwatywna. Dokumenty, Warszawa 1993, 27-68.

³⁵⁰ In: NSZZ *Solidarność*-Programm, im Internet unter: <http://solidarnosc.org.pl>

³⁵¹ Vgl. Parlamentsdebatte im Sejm über die Nichtantastbarkeit der souveränen Kompetenzen des Staates im Bereich der Kultur und Moral, in: Protokolle der 42. Sitzung des Sejm, v. 25-28.02.2003.

Tabelle 13: Parteienpositionen und *cleavage*-Dimensionen - PiS

Dimension	Beispielaussage	EU-Position abgeleitet von <i>cleavages</i>
Traditionalismus	<i>Der Beitritt zur EU darf auf keinen Fall zu einer Untergrabung der nationalen Identität, aber auch der Traditionen und Institutionen führen, die diese Identität entfalten und aufrechterhalten. Es darf durch den Beitritt auch das allgemein akzeptierte Normensystem, welches beispielgebend für das gesellschaftliche Zusammenleben ist, weder zerstört noch dessen Krisensituation weiter zugespitzt werden. Insbesondere muss Familie und Kirche Schutz gewährt werden.</i> ³⁵²	europakritisch
Kosmopolitische Öffnung	Keine Position identifizierbar	-
Konfessionell	<i>In erster Linie fordern wir Respekt für die christlichen Wurzeln der westlichen Zivilisation und für die geistig-moralische Dimension der europäischen Einheit (...). Die neue europäische Verfassung sollte die Bedeutung der christlichen Werte für die Gesellschaftsordnung, die Menschenrechte und die Familien- und Nationenrechte bestätigen.</i> ³⁵³	europakritisch
Säkular	Keine Position identifizierbar	-
Freie Marktwirtschaft	<i>Allgemein steht es mit der polnischen Wirtschaft gerade schlecht und recht. Mit einem Wirtschaftsaufschwung lässt sich nicht rechnen. Bisher wurden keinerlei Mechanismen geschaffen, um unsere Industrie zu modernisieren. Der Verschleißgrad der Maschinenparks ist heutzutage nur um einen halben Prozentpunkt geringer als 1989. Es fehlt an modernen Technologien. Einen ungünstigen Einfluss auf die Wirtschaft hatte darüber hinaus die Belastung durch erhebliche Verwaltungskosten.</i> ³⁵⁴	europafreundlich
Staatsintervention	<i>Der erste notwendige Schritt ist der Aufbau einer starken Führung, die zur Tätigkeit in der Wirtschaftssphäre befähigt wird. Um solch ein Führungszentrum zu berufen, müssen wir die Verfassung und die anderen Rechtsakte ändern.</i> ³⁵⁵	europakritisch

³⁵² Beschluss Nr. 1 des Politischen Rates der Partei Recht und Gerechtigkeit v. 13.04. 2002, im Internet unter: <http://www.pis.org.pl>

³⁵³ Der Beschluss des Gründungskongresses der PiS Nr. (V) 2003, in: ebenda.

³⁵⁴ Interview mit Lech und Jarosław Kaczyński: *Notwendigkeit der Sanierung*, März 2002, in: ebenda.

³⁵⁵ PiS-Wahlprogramm 2001, 19.

Die PiS legt eine äußerst diffus gehaltene wirtschafts- und sozialpolitische Programmatik vor. Sie bekennt sich zu einer interventionistisch-protektionistischen Wirtschaftspolitik und hebt öfter das Postulat einer starken Führung der Regierung in der Wirtschaftssphäre hervor. Gleichzeitig spricht sie sich für freien Markt, Fortführung der Privatisierung und Stabilisierungspolitik aus.

6.1.3. Bürgerplattform: Platforma Obywatelska - PO

Die Bürgerplattform sollte aufgrund der marktwirtschaftlichen und urbanen Komponente des EU-Beitritts dem Thema positiv gegenüber eingestellt sein. Sie fordert u.a. die Einführung einer linearen Einkommensteuer, die Deregulierung des Arbeitsrechts sowie die Entschlackung des Staatsapparats.

Tabelle 14: Parteienpositionen und *cleavage*-Dimensionen - PO

Dimension	Beispielaussage	EU-Position abgeleitet von <i>cleavages</i>
Traditionalismus	Keine Position identifizierbar	
Kosmopolitische Öffnung	<i>Die Bürgerplattform unterstützt Polens Beitritt zur EU, weil (...) sie (die EU) auf dem Fundament der Kulturgemeinschaft und der gemeinsamen Werte, die unseren gleich sind, aufgebaut ist.</i> ³⁵⁶	europafreundlich
Konfessionell	Keine Position identifizierbar	-
Säkular	<i>Der Dekalog ist das Fundament der westlichen Zivilisation (des Westens). Wir glauben gemeinsam an die Beständigkeit der darin enthaltenen Werte. Wir wollen aber nicht, dass der Staat eine Rolle des Wächters dieser Werte übernimmt.</i> ³⁵⁷	europafreundlich
Freie Marktwirtschaft	<i>Wir jedoch, die Bürger (...), bauen die Grundlage für den Wirtschaftserfolg des Staates und der Nation. Der Staat darf dabei nicht stören, ist aber verpflichtet zu helfen.</i> ³⁵⁸	europafreundlich
Staatsintervention	Keine Position identifizierbar	-

³⁵⁶ Janusz Lewandowski von der PO während der Parlamentsdebatte über die Gesetzesvorlage zu Polens EU-Integration, in: Protokolle der 37. Sitzung des Sejm, v. 05.12.2002.

³⁵⁷ In Ideendeclaration der PO v. 21.12.2001, im Internet unter: <http://www.po.org.pl>

³⁵⁸ PO-Wahlprogramm 2001, 3.

Die Anbindung an die westlichen Demokratien und an universalistische Werte deuten ebenfalls auf eine EU-befürwortende Position hin. Bei den Technokraten, wie man die Anhänger der PO oft nennt, werden auch laizistische Positionen angenommen. Die PO spricht sich für einen neutralen, säkularen Staat aus, in dem die katholische Kirche keine Privilegien genießt. Es gibt keinen Anlass, einen Konflikt innerhalb der liberalen Partei zu erwarten.

6.1.4. Freiheitsunion: Unia Wolności - UW

Die Freiheitsunion ist durch ihre Absage an den Nationalismus, durch ihre europäische Option, ihren intellektuell auf universalistischen Werten basierenden Politikstil und durch die Unterstützung des neoliberalen Wirtschaftsprogramms von Balcerowicz hervorgetreten. In ihrer Wirtschaftsstrategie hat sie sich eindeutig für die Aufhebung der Verflechtungen zwischen Staat und Ökonomie und für die Privatisierung an strategische Investoren ausgesprochen.

Tabelle 15: Parteienpositionen und *cleavage*-Dimensionen - UW

Dimension	Beispielaussage	EU-Position abgeleitet von <i>cleavages</i>
Traditionalismus	Keine Position identifizierbar	-
Kosmopolitische Öffnung	<i>Polen gehört zu Europa und gestaltet seine Identität mit. Der Beitritt Polens zur EU ist nicht nur eine Integration im materiellen Sinne, sondern auch im kulturellen und geistigen.³⁵⁹</i>	europafreundlich
Konfessionell	Keine Position identifizierbar	-
Säkular	<i>Wir sind für ein Polen, das auf christliche Werte gestützt ist und die Grundsätze der Unabhängigkeit und der richtigen Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat respektiert.³⁶⁰</i>	europafreundlich
Freie Marktwirtschaft	<i>Soll der Staat in der Wirtschaft intervenieren? Der Staat soll sich auf die Durchführung der Privatisierung und den Schutz der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen beschränken.³⁶¹</i>	europafreundlich
Staatsintervention	Keine Position identifizierbar	-

³⁵⁹ Ziel Deklaration der UW, im Internet unter: <http://www.uw.org.pl>

³⁶⁰ Wahlprogramm der UD 1993, in: Słodkowska 2001a: 239.

³⁶¹ UW-Programm 1997, im Internet unter: <http://www.uw.org.pl>

Sie spricht sich für einen neutralen Staat und eine klare Trennung zwischen Staat und Kirche aus. Kirche soll ihr Wirken ausschließlich auf religiöse Angelegenheiten beschränken. Dies alles deutet auf eine EU-befürwortende Position hin. Es gibt keinen Anlass, einen Konflikt hierüber innerhalb dieser Partei zu erwarten.

6.1.5. Die Polnische Bauernpartei: Polskie Stronnictwo Ludowe - PSL

Die Bauernpartei vertritt überwiegend die Interessen ihrer ländlichen Klientel und fordert ein großzügigeres Engagement des Staates bei der Förderung der Landwirtschaft.

Tabelle 16: Parteienpositionen und *cleavage*-Dimensionen - PSL

Dimension	Beispielaussage	EU-Position abgeleitet von <i>cleavages</i>
Traditionalismus	<i>Wir berufen uns auf die Worte Papst Johannes-Pauls II., „(...)dass Polen in Europa immer schon war, ist und sein wird.“ Wir bringen dem gemeinsamen Europa unsere Traditionen, nationale Identität und den Reichtum der nationalen und christlichen Werte.³⁶²</i>	europakritisch
Kosmopolitische Öffnung	Keine Position identifizierbar	-
Konfessionell	<i>Die EU sollte uns Wohlstand bringen. Was sie uns tatsächlich bringt, ist wirtschaftliche, kulturelle, bildungsbezogene und moralische Degradierung. Diese Union brauchen wir nicht. Wir müssen endlich Mut fassen und Nein sagen!³⁶³</i>	europakritisch
Säkular	<i>Wir unterstreichen übereinstimmend die unersetzliche Rolle der religiösen Gemeinschaften. Wir sind jedoch gegen einen Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken und ein Vermischen religiöser und politischer Ziele.³⁶⁴</i>	europafreundlich
Freie Marktwirtschaft	Keine Position identifizierbar	-
Staatsintervention	<i>Die Wirtschaft funktioniert auf den Marktprinzipien mit aktiver Staatsrolle (...). Der Staat soll sich einmischen und den negativen Folgen der Marktmechanismen entgegenwirken.³⁶⁵</i>	europakritisch

³⁶² VII Kongress PSL, Programmdokumente, Warszawa, 24 - 25.03.2000.

³⁶³ *Zaczyn, Kwartalnik Wsi Polskiej (Gärstoff, Vierteljahresschrift des Polnischen Landes) Nr. 2, April-Juni 1999, 14.*

³⁶⁴ PSL-Wahlprogramm 1993 (Odezwa wyborcza) in: Słodkowska 2001a: 93.

³⁶⁵ *Czas na zmianę (Zeit für Wechsel), Das sozial-ökonomische Programm der Polnischen Bauernpartei, April 2001, Warszawa.*

Im Außenhandel besteht die PSL stärker als andere Parteien auf Protektionismus. Diese *cleavage*-Position sollte zu einer negativen Haltung dem EU-Beitritt gegenüber führen. Auch ihre Haltung zu den nationalen Heiligtümern und den vermeintlichen nationalen Interessen deutet auf eine EU-kritische Position hin. Im PSL-Programm findet man allerdings eine klare Aussage bezüglich der Trennungslinien zwischen Kirche und Staat, was auf eine EU-befürwortende Position hindeutet. Gleichzeitig tritt die PSL jedoch für die Anwendung des christlichen Moralkodexes im öffentlichen Leben und für die Soziallehre der katholischen Kirche ein. Zudem hat sie sich kirchenorientiert bei den Abstimmungen zur Abtreibungsregelung und zum Konkordat verhalten. Dies sollte erlauben, die PSL einem EU-kritischen Lager zuzuweisen.³⁶⁶

6.1.6. Arbeitsunion: Unia Pracy - UP

Tabelle 17: Parteienpositionen und *cleavage*-Dimensionen - UP

Dimension	Beispielaussage	EU-Position abgeleitet von <i>cleavages</i>
Traditionalismus	Keine Position identifizierbar	-
Kosmopolitische Öffnung	<i>Unser Land will eine große Modernisierung vollenden und unsere wirtschaftlichen und sozialen Standards angleichen. Was aber Kultur und Zivilisation angeht, gibt es nichts, was wir den westeuropäischen Ländern gegenüber zu kompensieren hätten, da sind wir nämlich gleich.</i> ³⁶⁷	europafreundlich
Konfessionell	Keine Position identifizierbar	-
Säkular	<i>Der Staat getrennt von der Kirche und die Kirche frei von Politik.</i> ³⁶⁸	europafreundlich
Freie Marktwirtschaft	Keine Position identifizierbar	-
Staatsintervention	<i>Die Arbeitsunion spricht sich entschlossen gegen liberale Lösungen (...) aus. Wir akzeptieren den Kapitalismus, respektieren Marktwirtschaft und privates Eigentum. Wir müssen aber den Staat mit den Instrumenten, die zur Stimulierung der wirtschaftlichen Entwicklung und zur Neutralisierung übermäßiger Ungleichheiten unerlässlich sind, ausstatten.</i> ³⁶⁹	europakritisch

³⁶⁶ Insgesamt war die Ausrichtung der PSL der Kirche gegenüber lange ein Gegenstand des innerparteilichen Disputs, vgl: Lang 1994 und Tymozuk 2001.

³⁶⁷ Tomasz Nałęcz, UP-Abgeordnete in der Parlamentsdebatte über die Ergebnisse des Kopenhager Gipfels, in: Protokolle der 38. Sitzung des Sejm, v. 20.12.2002.

³⁶⁸ UP-Wahlprogramm 1997: *Zasługujesz na więcej (Du verdienst mehr)*, 2.

³⁶⁹ Ebenda, 3.

Die Positionen der sozialdemokratischen UP werden durch die säkulare Lehre bestimmt. Die Partei zieht eine klare Trennlinie zwischen Staat und Kirche und bekennt sich zum Wohlfahrtsstaat mit einer starken Selbstverwaltung. Verglichen mit der SLD fordert sie im wirtschaftlichen Sektor mehr Staatsinterventionismus. Durch diese Positionen lässt sie sich sowohl dem EU-positiven als auch dem EU-kritischen Lager zuweisen. Die UP spricht sich für eine Annäherung der polnischen Kultur an westeuropäische, universalistische Muster und die Einbindung in das westliche Gesellschaftsmodell aus. Daher kann eine positive Position zur EU-Mitgliedschaft erwartet werden. Da nicht alle Kriterien, die von den Konfliktlinien abgeleitet wurden, auf eine EU-befürwortende Position hindeuten, ist ein Konflikt innerhalb dieser Partei zu erwarten.

6.1.7. Allianz der Demokratischen Linken: Sojusz Lewicy Demokratycznej - SLD

Für die SLD kann anhand ihres Bekenntnisses zur europäischen Modernität, zum Fortschritt und zur parlamentarischen Demokratie, sowie aufgrund ihres meist säkularen, wenn nicht atheistischen Hintergrunds und einer grundsätzlich antiklerikalen Orientierung eine positive Position zur EU-Mitgliedschaft erwartet werden. Jedoch soll sie wegen ihrer Position bezüglich einer sozialen Marktwirtschaft mit aktiver staatlicher Interventionspolitik dem EU-kritischen Lager zugewiesen werden. Es gibt zwar programmatische Manifeste und einzelne Aussagen für die freie Marktwirtschaft, jedoch setzte die SLD während ihren Regierungszeiten bewusst auf eine aktive Rolle des Staates und kehrte vom Ziel der Privatisierung um jeden Preis ab (Bohle 2002: 148). Da nicht alle Kriterien, die von den Konfliktlinien abgeleitet wurden, auf eine EU-befürwortende Position hindeuten, ist ein Konflikt innerhalb der sozialdemokratischen Partei zu erwarten.

Tabelle 18: Parteienpositionen und *cleavage*-Dimensionen - SLD

Dimension	Beispielaussage	EU-Position abgeleitet von <i>cleavages</i>
Traditionalismus	Keine Position identifizierbar	-
Kosmopolitische Öffnung	<i>Das Bündnis der Demokratischen Linken befürwortet die enge Zusammenarbeit Polens mit der EG, weil wir dort Modernität und Fortschritt, Wissen und Fähigkeiten, Effektivität der Marktwirtschaft und Möglichkeiten für einen günstigen Handelsaustausch sehen. Dort finden wir Vorbilder einer stabilen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der inneren Stabilität, die mit effektiver Marktwirtschaft verbunden sind, die den Bürgern ein hohes Niveau der Befriedigung ihrer Bedürfnisse sichert.</i> ³⁷⁰	europafreundlich
Konfessionell	Keine Position identifizierbar	-
Säkular	<i>In der pluralistischen Weltanschauung der SLD sprechen wir uns für die Weltlichkeit des Staates aus.</i> ³⁷¹	europafreundlich
Freie Marktwirtschaft	<i>Es gibt keine sinnvolle Alternative zur Marktwirtschaft.</i> ³⁷²	europafreundlich
Staatsintervention	<i>Wir sprechen uns für die konsequente Konstituierung der Privatisierung überall dort aus, wo sie zur Effektivitätserhöhung der Unternehmen führt. Der Staat muss jedoch seine notwendige Kontrolle über die Sektoren, die die politische und wirtschaftliche Sicherheit des Landes gewährleisten, beibehalten</i> ³⁷³	europakritisch

6.1.8. Liga der Polnischen Familien: Liga Polskich Rodzin - LPR

Die populistische Partei Liga der Polnischen Familien legt viel Wert auf nationale Tradition und Souveränität des Staates. Sie stellt das nationale Interesse der polnischen Kultur einer Annäherung an westeuropäische universalistische Muster gegenüber. Die LPR ist berühmt wegen ihrer markanten Aussagen über die Gefahr der Verwestlichung für die polnische Nation und den moralischen Verfall der Gesellschaft. Die LPR spricht sich eindeutig für eine privilegierte Rolle katholischer Prinzipien und die Anwendung des katholischen Moralkodexes im öffentlichen Leben aus.

³⁷⁰ Józef Oleksy im Namen des Parlamentsklubs der SLD über die Ratifizierung des Europaabkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Republik Polen und der Europäischen Gemeinschaft sowie ihren Mitgliedstaaten (nachher nur "Europaabkommen" genannt) in: Protokolle der 15. Sitzung des Sejm, v. 21.05.1992.

³⁷¹ SLD-Wahlprogramm: *Nasz program dla Polski*, (Unser Programm für Polen), Warszawa, Mai 1993, 4.

³⁷² Der Vorsitzende der SLD-Programmkommission Celiński in: *Nie ma trzeciej drogi w gospodarce*, (*Es gibt keinen dritten Weg in der Wirtschaft*), in: *Rzeczpospolita* 15.12.1999.

Tabelle 19: Parteienpositionen und *cleavage*-Dimensionen - LPR

Dimension	Beispielaussage	EU-Position abgeleitet von <i>cleavages</i>
Traditionalismus	<i>Die alte und neue politische Klasse hofft, durch ökonomische und biologische Zerstörung Polens, dass sich die Nation in der vereinigten, kosmopolitischen Europäischen Union auflösen wird.</i> ³⁷⁴	europakritisch
Kosmopolitische Öffnung	Keine Position identifizierbar	-
Konfessionell	<i>Unsere politische, berufliche und gesellschaftliche Tätigkeit verstehen wir als Dienst für Gott, für Polen und für die Nation (...) Unser Regieren wird auf der traditionellen moralischen Ordnung aufbauen, mit einer fundamentalen Rolle des Christentums, der Ethik und des entsprechenden Wertesystems.</i> ³⁷⁵	europakritisch
Säkular	Keine Position identifizierbar	-
Freie Marktwirtschaft	<i>Polen braucht eine wachstumsfreundliche Politik, die Steuern senkt und Wohlstand fördert (...), weil die polnische Wirtschaft Investitionskapital sowie niedrige und billige Kredite braucht.</i> ³⁷⁶	europafreundlich
Staatsintervention	Keine Position identifizierbar	-

Sie nimmt eine fundamentalistische Haltung u.a. in der Frage des absoluten Abtreibungsverbotes und der Einführung des Religionsunterrichts in den Schulen ein und stellt sich auf die Seite der Kirche hinsichtlich kirchlicher Eigentumsansprüche. Das sollte eine EU-kritische Position begründen. Eine EU-positive Einstellung dagegen können wir auf der wirtschaftlichen Achse ableiten. Die LPR spricht zwar über die Gefahren für die nationalen Interessen und für die polnische Wirtschaft hinsichtlich der Konkurrenzunfähigkeit in den europäischen Märkten, ist aber eindeutig für die Mechanismen des freien Marktes und für eine liberale Wirtschaftspolitik.

6.1.9. Selbstverteidigung RP: Samoobrona Rzeczypospolitej

Die populistische Partei Samoobrona vertritt eine abstruse Mischung politischer Vorstellungen: radikale Ablehnung der Globalisierung, tiefe Kritik an der Marktwirtschaft und Befürwortung des Staatsinterventionismus, polnischer Nationalismus und starke Ablehnung prowestlicher Tendenzen.

³⁷³ SLD-Wahlprogramm 2001: *Normalität zurückholen, Zukunft gewinnen*, im Internet unter: <http://www.sld.org.pl>

³⁷⁴ Gründungsdokument der Liga der Polnischen Familien, im Internet unter: <http://www.lpr.pl>

³⁷⁵ In der Präambel des Wirtschaftsprogramms der LPR (Warszawa - Kraków, April 2003), ebenda.

³⁷⁶ Zygmunt Wrzodak, LRP Abgeordneter in einer Parlamentsdebatte über das Budget Gesetz für 2002, in: Protokolle der 7. Sitzung des Sejm, v. 04.12.2001.

Das sollte eine EU-kritische Position begründen. Trotz einer viel unverblümter als bei der SLD vorgebrachten Nostalgie für das kommunistische Polen, lässt sich bei Samoobrona keine Aussage über den Laizismus finden. Häufiger hingegen bekennt man sich unmissverständlich zu christlichen Werten und zur Religion, was als eine Verbeugung vor der traditionell gläubigen Landbevölkerung gedeutet werden kann. Dies erlaubt diese Partei auf die konfessionelle Seite zu stellen und damit dem EU-kritischen Lager zuzuordnen.

Tabelle 20: Parteienpositionen und *cleavage*-Dimensionen - Samoobrona

Dimension	Beispielaussage	EU-Position abgeleitet von <i>cleavages</i>
Traditionalismus	<i>Die Stellung von Samoobrona, die zum Ziel hat, die materiellen, kulturellen und intellektuellen Güter mehrerer polnischer Generationen zu schützen, kann weder Xenophobie noch antieuropäische Haltung genannt werden.</i> ³⁷⁷	europakritisch
Kosmopolitische Öffnung	Keine Position identifizierbar	-
Konfessionell	<i>Das kulturelle Erbe des christlichen Europas muss eine Spiegelung der christlichen Tradition und der darauf basierenden christlichen Werte sein. Dies muss in der freien und unabhängigen EG auf die nächsten Generationen übertragen werden, damit die gesamt menschliche Empfindlichkeit den ethischen Normen gegenüber, die das gesellschaftliche Leben regulieren, nicht nachlässt</i> ³⁷⁸	europakritisch
Säkular	Keine Position identifizierbar	-
Freie Marktwirtschaft	Keine Position identifizierbar	-
Staatsintervention	<i>Polen wendet sich (...) dem unmenschlichen und unsozialen Kapitalismus zu, der in der Vergangenheit und Gegenwart viele Verbrechen an Menschen verübt hat und mit Blick auf Moral und Gerechtigkeit nichts mehr zu bieten hat, als das Konzept des maximalen Profits und des brutalen Wettkampfes.</i> ³⁷⁹	europakritisch

³⁷⁷ Zitat aus dem Interview mit Andrzej Lepper, in: Przeglad europejski (Europäische Review), Nr.1/2003: *Partie polityczne wobec integracji z Unią Europejską – wywiady z liderami partii, (Politische Parteien Polens der EU Integration gegenüber, Interview mit Parteienleader)*, 116.

³⁷⁸ Leszek Sulek, der Samoobrona-Abgeordnete in der Parlamentsdebatte über die Unantastbarkeit der souveränen Kompetenzen des Staates in der Moral und Kultur, in: Protokolle der 45. Sitzung des Sejm, v. 10.04.2003.

³⁷⁹ Aus dem Wahlprogramm der Präsidentschaftskandidaten: Andrzej Lepper im Internet unter: <http://www.abc.wp.pl/prezydent/lepper.html> (07.10.2002).

6.1.10. Zusammenfassung

Somit wurden die polnischen Parteien auf den *cleavage*-Dimensionen einordnet und ihnen entsprechende, aus den *cleavages* abgeleitete, EU-Position zugewiesen. Es wurden so die hypothetischen EU-Parteienpositionen vermittelt. Die Tabelle 21 fasst die Ergebnisse noch einmal zusammen.

Tabelle 21: Parteienpositionen und *cleavage*-Dimensionen

	Europafreundlich	Europakritisch	Uneinheitliche Position
Traditionalismus		AWS, PiS, PSL, LPR, Samoobrona	
Kosmopolitische Öffnung	PO, UW, UP, SLD		
Konfessionell		AWS, PiS, LPR, Samoobrona	PSL
Säkular	PO, UW, UP, SLD		
Freie Marktwirtschaft	PO, UW, LPR		AWS, PiS, SLD
Staatsintervention		PSL, UP, Samoobrona	

Die Einordnung der *cleavages* zeigt, dass es in der polnischen, politischen Szene klare europafreundliche Parteien – hierzu gehören erwartungsgemäß die liberalen Parteien (UW und PO) sowie die linken Sozialdemokraten (die UP und SLD) - und die europakritischen Parteien, zu denen neben den entschiedenen Gegnern (die populistische, linke Samoobrona und populistische, rechte LPR), die rechts-konservativen Parteien, wie die AWS, PiS sowie PSL - gehören. Es gibt aber auch Parteien, die sich nicht eindeutig auf alle *cleavage*-Positionen pro oder kontra EU einordnen lassen.

Eine klare Aufteilung der Parteien findet man auf den kulturellen *cleavages*: Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung und konfessionell vs. säkular. Europafreundlich auf der traditionellen Achse stellen sich die liberale PO und UW sowie die sozialdemokratische SLD und die UP dar. Zum europakritischen Lager gehören dagegen die konservative AWS, die PiS und die radikal-nationalistische LPR. Eine Ausnahme bildet hier die PSL. In der Bauernpartei war die Entwicklung zur christlichen Volkspartei lange ein Gegenstand innerparteilichen Disputs. Einerseits ist sie klerikal-konservativ, andererseits stand und steht sie immer noch mit ihrer "linken" Versorgungsmentalität in einem Spagat zwischen dem eigenen Klientel - der überwiegend katholischen, gläubigen und sehr mit der katholischen Kirche verbundenen Landbevölkerung - und der eigenen kommunistischen Vergangenheit sowie der Treue dem Koalitionspartner (SLD), die sich nun nicht als wahrer Garant

einer säkularen Republik Polen darstellt. Was in dieser Hinsicht wichtig ist:³⁸⁰ Die kritische EU-Position der PSL wurde immer eher ökonomisch (Bedrohung der polnischen Landwirtschaft und Ausverkauf des Bodens), als weltanschaulich begründet.

Es macht kein großes Problem, die polnischen Parteien entlang den ideologischen und soziokulturellen Konfliktlinien einzuordnen. Hier sind die Anhänger der nationalen Traditionen und der vermeintlich nationalen Interessen gegenüber denen einer Annäherung der polnischen Kultur an westeuropäische, universalistische Muster klar aufgeteilt. Wenn es dagegen um klare, heterogene Wirtschaftsprogramme geht, ist das Bild nicht mehr deutlich. Es lässt sich anhand der bruchstückhaften und inkonsistenten Parteiprogramme nur mit Mühe erschließen, nach welchen Modellen die kapitalistische Wirtschaft konkret organisiert werden soll. Durch einerseits nicht eindeutige Definition der sozialen Marktwirtschaft und andererseits starke Positionierung der Gewerkschaften innerhalb der Parteienbündnisse kann man nur schwer eine klare Linie zwischen den Anhängern radikaler marktwirtschaftlicher Reformen (UW, PO, LPR) und des sozialverträglichen Weges in den Kapitalismus unterscheiden (SLD, UP, PSL, Samoobrona).

Die theoretischen Überlegungen besagen, dass die Betrachtung des EU-Themas direkt mit den gesellschaftlichen Konfliktlinien zusammenfällt. Daher kann man idealtypisch vermitteln, dass die positive Einstellung zur EU in einem engen Zusammenhang mit marktwirtschaftlichen, demokratischen, säkularen und kosmopolitischen Positionen steht und die europakritische Einstellung dagegen mit nationaler und regionaler Unabhängigkeit, dem Widerstand gegen marktwirtschaftliche Globalisierung und Säkularisierung verbunden ist. Daraus wurde hier abgeleitet, dass die Positionen für kosmopolitische Öffnung und freie Marktwirtschaft sowie die säkularen Positionen zu einer positiven, die für Traditionalismus, Staatsinterventionismus und konfessionelle Interessen hingegen zu einer kritischen Betrachtung des EU-Beitritts führen. Soweit die hypothetischen EU-Positionen der Parteien.

Die tatsächlichen Europastandpunkte wurden im vorherigen Kapitel ausführlich dargestellt. Hierdurch ergaben sich vergleichbare Daten. Die komplexe Widerspiegelung des Verhältnisses einer gegebenen Partei zur Integration Polens in die EU, die aus dem Material hervorgeht, sowie das Ableiten der EU-Position aus der *cleavage*-Position der Partei besagt jedoch noch nichts über das gegenseitige Verhältnis zwischen den *cleavages* und den Europapositionen der Parteien. Zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen den *cleavage*-Positionen und den EU-Positionen der polnischen Parteien in den Parlamentswahlen 1997 und 2001 und damit auch zur Gewinnung sicherer Grundlagen kommen statistische Verfahren zur Überprüfung von Zusammenhangshypothesen (lineare Regression, Korrelation) zur Anwendung. Bevor jedoch der Grad, in welchem die Schwankungen der Erscheinungen als annähernd proportional angesehen werden können, zahlenmäßig festgestellt werden kann, soll noch eine gewichtete *cleavage*-Position der Parteien ausgearbeitet werden. Bisher wurden die einzelnen *cleavages* isoliert betrachtet. Da allerdings für die Parteien spezifische *cleavages* wichtiger als andere sind, sollen im nächsten Schritt anhand der Wahlprogramme der Parteien gewichtete *cleavage*-Positionen bemessen werden.

³⁸⁰ Wurde bereits näher in der Beschreibung der PSL-Europapositionen im Kapitel III-5.5. analysiert

6.2. Bedeutsamkeit (Salienz) der *cleavage*-Dimensionen

Die Bestimmung der Bedeutsamkeit einer *cleavage*-Position der jeweiligen Partei ist anhand der quantitativen Inhaltsanalyse der Wahlprogramme der polnischen Parteien möglich. Die quantitative Inhaltsanalyse gehört zu den klassischen Methoden und ist in Bezug auf Parteien in der Politikwissenschaft seit Ende der 70er Jahre vielfach angewendet worden (Budge, Robertson, Hearl 1987: 19-21). Seitdem wurden die ersten Wahlprogramme nicht nur beschrieben, sondern auch einer quantitativen Analyse unterzogen (Robertson 1976). In der Vergangenheit bereitete den Politikwissenschaftlern die empirische Erfassbarkeit bei der Untersuchung ideologischer Entwicklungen große Mühe, weil sie sich nur schwer in einer quantitativen Analyse erfassen lässt. Eine Lösung dieses Problems wurde innerhalb der *Party Manifesto Research Group (MRG)*³⁸¹ entwickelt und schuf damit ein etabliertes Vorgehen für die Parteiprogrammanalyse. Das Vorgehen und die Methode der *Manifesto Research Group* ist von verschiedenen theoretischen Annahmen gekennzeichnet. Es handelt sich hierbei im wesentlichen um die *Saliency Theory* (Robertson 1976, Budge, Farlie 1983). Sie besagt, dass im Parteienwettbewerb jede Partei jene Themen hervorhebt, die sie 'besitzt' und die sich im politischen Wettbewerb zu ihren Gunsten auswirken (Robertson 1976: 67). Dank der Hervorhebung gewisser Themenbereiche durch die Parteien wird der Wählerschaft gleichzeitig vermittelt, in welchen Politikbereichen eine Partei durch Führerschaft und Kompetenz heraussticht.

Ein weiterer Punkt, auf welcher die MRG ihr Vorgehen aufbaut, ist die Annahme, dass sich Parteipositionen auf einer ideologischen Dimension darstellen lassen. Die Positionierung der Parteien steht gemäß den theoretischen Annahmen in direktem Zusammenhang mit der Programmatik der Parteien. Die Entwicklung der Parteipositionen lässt sich mit der Analyse von Wahlprogrammen auf der Basis der relativen Gewichtung parteispezifischer Themen nachzeichnen. Dieses Vorgehen ermöglicht es, eine Verbindung zwischen spezifischen Themen mit Konfliktdimensionen und der Parteiposition auf einem ideologischen Spektrum zu konstruieren

Hier wird in einem generellen Sinne auf die Methode der *Manifesto Research Group* zurückgegriffen, aber ein anderes Kodierschema verwendet, weil es um die Bedeutsamkeit von

³⁸¹ Die Manifesto Research Group konstituierte sich 1979 als Arbeitsgruppe innerhalb des European Consortium for Political Research (ECPR). Es wurde zum Ziel gesetzt, durch Analyse von Parteiprogrammen international vergleichbare Indikatoren über die ideologische Entwicklung von Parteien und deren inhaltliche Schwerpunkte an politisch relevanten Themen zu erhalten. Das groß angelegte Forschungsprojekt ist in der Zwischenzeit über sämtliche OECD-Länder ausgedehnt worden. Detaillierte Darstellungen des Gesamtprojekts finden sich bei Budge et al. (1987, 2001), Laver and Budge (1992) und Klingemann et al. (1994). Während der ersten Phase des Projektes wurde das Klassifikationsschema entwickelt und jedes Mitglied der Gruppe brachte die Daten eines Landes in den komparativen Datensatz ein. Die zweite Phase des Projektes begann 1989 mit der Gründung der Abteilung "Institutionen und sozialer Wandel" am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), vgl. Volkens: MRG: Past, Present and Future in: Fuchs/Roller/Weßels 2002 sowie im Internet unter: <http://www.wz-berlin.de>

cleavage-Positionen und nicht von Politikbereichen geht. Die Parteienpositionen wurden bereits auf den *cleavage*-Dimensionen bestimmt. Die im Folgenden vorgenommene Programmanalyse soll nur die Bedeutsamkeit von einer der drei oben bereits benannten *cleavage*-Dimension abschätzen, ohne sie in die eine oder andere Richtung einzuordnen.³⁸²

6.2.1 Rechtfertigung der Programmanalyse

Zuerst soll auf die Kritik bezüglich der Wahlprogramme der polnischen Parteien, die durch verschiedene Autoren (Wesołowski 1995b, 2000, Szymański 2002) zum Ausdruck gebracht wurde, hingewiesen werden: Die Wahlprogramme der polnischen Parteien seien lediglich Wahlmanifeste. Sie seien oberflächlich, bruchstückhaft und inkonsistent. Die meisten Parteien in Polen würden zögern, ihre Positionen auszuarbeiten und hätten ihre Ideologien und Grundsatzprogramme niemals deutlich umrissen (Wesołowski 1995b: 314). Wenn visionäre Modelle fehlen, ist der Entwurf umfassender Programme schwierig. Parteiprogramme, denen keine theoretischen oder ideologischen Prinzipien zugrunde liegen, sind typischerweise beliebig und verschwommen. In der Tat lässt sich anhand der Parteiprogramme nur mit Mühe erschließen, nach welchen Modellen kapitalistische Wirtschaft und Demokratie konkret organisiert werden sollen. Für die hier vorgenommene quantitative Analyse sind jedoch die Wahlprogramme der Parteien aussagekräftig genug.

Aber auch für die Analyse der ideologischen Konturen eines entstehenden Parteienwettbewerbs bieten sich Parteiprogramme im Grunde genommen als gute Quellen an. Zum generellen Stellenwert der Programmforschung hat Budge (1987: 15) betont:

Of course election programmes are interesting not only for their bearing of government action, but also for their contribution to the electoral success of the party, to the formation of like-minded coalitions, and to the study of policespaces constraining the choices rational actors will make.

In entwickelten westlichen Demokratien betrachtet man Programme grundsätzlich als konstitutive Elemente politischer Parteien, die durch ihre Programmatik gewinnen und einer Partei ihre politische Identität sichern (Klingemann 1989: 99). Beim Erwerb, vor allem aber bei der Sicherung

³⁸² Die Abteilung für Wahlforschung bei der Polnischen Wissenschaftsakademie in Warschau (PAN) hat zusammen mit der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel“ am WZB bereits einige gemeinsame Projekte durchgeführt (*Consolidation of democracy in Central and Eastern Europe, Founding Elections in Eastern Europe, Comparative Study of Electoral System*) und ist zur Zeit auch mit einem Projekt bezüglich der Analyse der Wahlprogramme aus 1997 und 2001 beschäftigt. Auf Ergebnisse dieser Studie kann in dieser Arbeit jedoch nicht zugegriffen werden, weil sie erstens noch nicht abgeschlossen ist. Zweitens weisen die ersten Versuche der Durchführung der Wahlprogrammanalyse mit der Anwendung der MRC-Kodierung in Polen auf eine bestimmte Begrenzungen dieser Methode hin (Bukowska/Czesnik 2002). Es gibt beispielweise in Programmen der polnischen Parteien viele Bereiche, die sich in keine der von Manifesto entwickelten Kategorien qualifizieren lassen. Daher zeigt eine Identifizierung der allgemein dargestellten Fragen in den Programmen ein unvollständiges und schiefes Bild des Parteienwettbewerbs. Diese Methode ist nach Markowski (2002: 296) besser geeignet für die Beschreibung und Analyse gesamter Parteiensysteme als für konkrete Parteien innerhalb dieses Systems.

politischer Identität, handelt es sich freilich kaum um kurzfristige, sondern eher um langfristige Prozesse. Für die Situation in den Transformationsländern ist zu unterstreichen, dass Parteiprogramme heute einen ersten Aufbruch zu solchen politischen Identitäten belegen können (Steinwede 1997: 92). Es wäre unrealistisch, bei der Analyse von Programmen bereits von gesicherten politischen Identitäten auszugehen. Gerade damit jedoch können Programme als bedeutende Dokumente der historischen Mobilisierungsphase betrachtet werden. Sie sind Zeugnisse der Politisierung von bestimmten gesellschaftlichen Problemen zu bestimmten Zeiten und damit eine gute empirische Grundlage für die vorliegende Untersuchung, die die Themenbereiche, die für die jeweilige Partei in den Parlamentswahlen wichtig waren, darstellen will. Dazu kommt, dass keine der bisherigen nationalen Parlamentswahlen stattgefunden hat, ohne dass Parteien solche politische Kataloge formuliert haben. Dies zeigt, dass der expressiven Funktion von Parteien in ostmitteleuropäischen Ländern, und damit auch in Polen, hohes Gewicht zukommt.

Als empirische Untersuchungsobjekte bieten Parteiprogramme eine Reihe von Vorteilen. Wie Budge für die westlichen Demokratien unterstreicht, stellen Programme einen „*set of key central statements of party positions*“ dar. In der Regel können Programme als von Führungseliten oder Parteikonventen autorisierte, und für eine Partei als repräsentativ geltende Plattform betrachtet werden. Damit sind sie nicht die Stellungnahme einer internen Fraktion oder einzelner Politiker der jeweiligen Partei. Der gewählte Ansatz hat allerdings eine wichtige Konsequenz: Wenn Parteien nur durch ihre Programme repräsentiert werden, dann werden sie als kollektive Akteure behandelt. Freilich ist dies ein reduzierendes Moment der Betrachtung. Hier aber müssen Probleme interner Fraktionierung in den Hintergrund rücken. Die Probleme interner Fraktionierung in Bezug auf das Thema der EU-Integration, die bei den polnischen Parteien in Diskussion waren, sind für diese Arbeit zwar relevant, wurden aber bereits berücksichtigt und ausführlich im vorherigen Kapitel dargelegt. Hinsichtlich möglicher Divergenzen zwischen den Parteifraktionen oder Koalitionen ist jedoch andererseits ein Programm ein relevantes Dokument, denn es zeigt, auf welche Positionen man sich im innerparteilichen Streit oder in Koalitionen hat einigen können.

Um die dargestellten Ergebnisse der Parteiprogrammanalyse besser zu verstehen, soll hier noch kurz auf die ökonomische Theorie der Politik eingegangen werden, die ihren zentralen Ursprung in der Arbeit von Anthony Downs (1957) hat. Das Verhältnis zwischen Politikern und Bürgern kann man danach als Markt bezeichnen, auf dem sowohl die Produzenten wie auch die Kunden als Anbieter und Nachfrager zugleich auftreten. Die Politik bietet „Produkte“ an und fragt Unterstützung nach. Die Bürger bieten Unterstützung, verlangen dafür aber entsprechende Gegenleistungen. Den Parteien kommt deshalb die Aufgabe zu, im Wettbewerb verschiedene Standpunkte anzubieten, die den Bürgern als Orientierungsmarken dienen können. Dies setzt allerdings voraus, dass die Politik entsprechende Positionen als Angebote an die Öffentlichkeit kommuniziert (Dylla/Jäger 2003: 27). Mit anderen Worten – nach diesem Modell wählen die politischen Parteien aus der Fülle der Ansprüche der Bürger eine bestimmte Teilmenge aus, entwickeln Problemlösungen, stellen sie zur Diskussion und werben bei Wahlen um die Unterstützung ihrer Positionen durch die Bürger (Klingemann 1994: 15). Dabei ist es wichtig zu beachten, zu welchen politischen Streitfragen Parteien Stellung nehmen.

Die Art, wie sie dies tun, bestimmt nämlich das jeweilige programmatische Profil und damit langfristig auch ihre Identität. Parteien müssen sowohl über die Wichtigkeit der politischen Streitfragen, als auch über die Art der Problemlösungen für die einzelnen politischen Probleme entscheiden.

Noch ein Aspekt soll hier angesprochen werden. Die Parteiprogrammuntersuchung bildet die Möglichkeit eine Analyse im Kontext zu anderen Parteien durchzuführen. Da davon ausgegangen wird, dass nicht nur eine Analyse der einzelnen Programme, sondern vor allem Kontextanalysen substantielle Aufschlüsse über die Bedeutung einzelner *cleavages* und des EU-Themas geben können, wird die Möglichkeit genutzt, die betrachteten Parteien der *cleavage*-Typologie nicht nur untereinander zu vergleichen, sondern diese Typologie selbst im Kontext zu betrachten.

6.2.2 Datensatz, Methode und Klassifikationsschema

Eine Methode, die diese Kontextanalyse möglich macht, ist die quantitative Inhaltsanalyse. Sie ist mit einem Datensatz polnischer Parteiprogramme realisierbar, der im Rahmen des bereits erwähnten Projektes des Instituts der Politikwissenschaft der Polnischen Wissenschaftsakademie in Warschau vorliegt. Dem Datensatz liegen Original-Parteiprogramme ausgewählter polnischer Parteien zu den Parlamentswahlen 1997 und 2001 zu Grunde.³⁸³

Alle Dokumente wurden nach inhaltsanalytischen Kategorien kodiert, um sie einer quantitativen Analyse zu erschließen. Alle Kategorien repräsentieren jeweils eine inhaltliche Aussage im Sinn eines politischen Arguments, eines angesprochenen politischen Problems, das in Bezug auf das jeweilige *cleavage* eingeordnet werden kann. In Tabelle 22 werden alle Kodierungskategorien aufgelistet, die in die Untersuchung Eingang fanden. Allerdings werden bei der hier vorgeschlagenen Kodierung nicht Positionen auf die *cleavage*-Dimensionen bezogen oder die Frage der EU-Integration kodiert, sondern, da es um die Bedeutung der inhaltlichen Felder geht, lediglich der Umfang. Aussagen der Parteien in den Programmen werden also nicht in ihrem direkten Bezug auf Positionen bewertet, d.h. es fallen beispielweise Aussagen gegen den Beitritt Polens zur EU sowie für den Beitritt zusammen unter der Kategorie EU-Beitritt. Solche Zusammenfassungen erfolgen in einem spezifischen Klassifikationsschema, das die Grundlage der Inhaltsanalyse bildet.

³⁸³ Eine vollständige Auflistung aller Programme, die in die Analyse eingehen, ist in der Materialgrundlage unter *Dokumente* zu finden. Die Programme selbst sind auch in gedruckter Buchform zu finden, siehe: Gebethner (1997) für die Parlamentswahlen 1997 und Słodkowska (2002) für die Parlamentswahlen 2001.

Tabelle 22: Klassifikation für die Kodierung des Inhalts der Wahlprogramme

Position	Kategorien
Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung	Freiheit Demokratie Menschenrechte Tradition Patriotismus Nation Souveränität Nationale Interessen Familie
Konfessionell vs. säkular	Kirche getrennt von Staat Christliche Werte Abtreibungsgesetz Sexualerziehung Religionsunterricht in der Schule
Staatsinterventionismus vs. freie Marktwirtschaft	Privatisierungsvorgänge Demonopolisierung / Verstaatlichung Staatsfunktion in der Wirtschaft Steuerreform
EU-Integration	EU-Beitritt EU-Anpassungsreformen Kooperation mit den EU-Ländern

Im Folgenden wird kurz die Rechtfertigung der Entscheidung der Zuordnung zweier wichtiger und spezifischer Kategorien im polnischen Kontext erklärt. Es handelt sich um die Zuordnung der Kategorie Familie und Landwirtschaft. Bei der Zuordnung der Kategorien zu den *cleavage*-Positionen wurden die Aussagen mit Bezug auf die Familie der traditionellen *cleavage*: Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung und nicht der religiös *cleavage*: konfessionell vs. säkular zugeordnet, obwohl die Familie in der katholischen Religion einen zentralen Platz einnimmt. Die Rolle der Familie in der Gesellschaft jedoch wurde in den Programmen der konservativen Parteien eher als: Familie – Stütze der nationalen Werte und der polnischen Traditionen interpretiert, und in den sozialdemokratischen Parteien zeigt sich durch die Aussagen, die in direktem Bezug zur Familie stehen, eher die Sorge um die soziale Absicherung der Familie bei der Transformation des Landes. Das Thema Landwirtschaft wurde grundsätzlich nicht mitgezählt, weil sich hier schwer differenzieren lässt, ob es bei dem Streit um die Beibehaltung der familiären Kleinbauernhöfe oder um die Umstrukturierung zu großen Betrieben, mehr um eine Anpassung an EU-Richtlinien als um die Erhaltung polnischer Tradition geht. Mitgezählt wurden in diesem Bereich nur die Aussagen, die sich eindeutig auf *cleavage*-Positionen

einordnen lassen, wie z.B. Förderung staatlicher Intervention in Form staatlicher Agenturen bei der Umstrukturierung der polnischen Landwirtschaft.

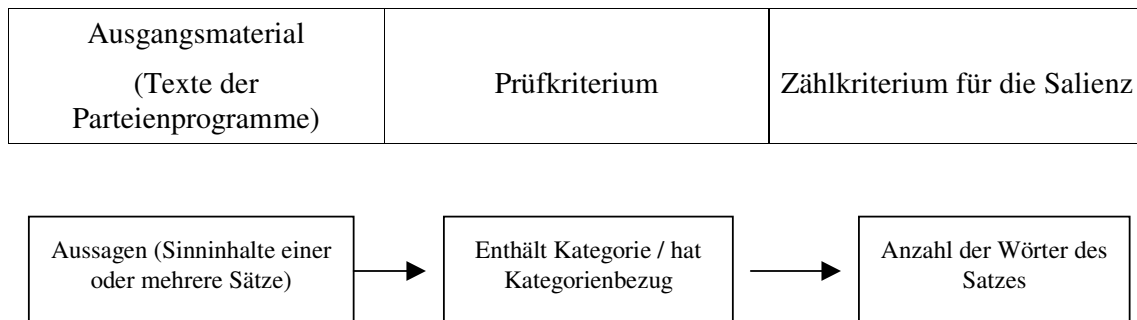
Die quantitative Inhaltsanalyse wird in drei Schritten durchgeführt. Im ersten Schritt werden die Wörter einer Aussage des jeweiligen Programms daraufhin untersucht, ob sie mit einer der drei *cleavage*-Positionen übereinstimmen. In einem zweiten Schritt wird ausgezählt, wie viele Wörter eines Programms auf jede der Positionen entfallen; dann werden sie substrahiert, um herauszufinden, wie viele Wörter insgesamt auf die jeweiligen *cleavage*-Positionen entfallen. Hier ein Beispiel aus dem UP-Wahlprogramm der Arbeitsunion UP *Zasługujesz na więcej (Du verdienst mehr)* aus den Parlamentswahlen 1997. Auf Seite acht dieses Programms steht:

Państwo polskie powinno zachować laicki charakter, ale nie unikać współdziałania z kościołami. Misja religijna kościołów nie może być wspomagana środkami przymusu ze strony instytucji państwowych. Opodatkowanie kościołów i duchownych powinno uwzględniać ich misję religijną oraz działalność charytatywną, co jednak nie może oznaczać rozbudowy przywilejów finansowych.

Der polnische Staat sollte den laizistischen Charakter beibehalten, er sollte aber nicht die Zusammenarbeit mit den Kirchen vermeiden. Die religiöse Mission der Kirchen darf nicht mit Zwangsmitteln der Staatsinstitutionen unterstützt werden. Eine Besteuerung der Kirchen und der Geistlichen sollte ihre religiöse Mission und karitative Tätigkeit berücksichtigen. Das darf jedoch nicht den Ausbau finanzieller Vergünstigungen (Privilegien)bedeuten.

Die Wörter in diesem Satz werden gezählt, und erreichen in der Summe hier 45 (von insgesamt 61 in diesem Programm), die die Position der Partei auf der konfessionell vs. säkular *cleavage* darstellen. Aus diesem Satz wird die laizistische Position der Partei deutlich. Ein ähnliches Bild haben wir bereits aus der Analyse der Standpunkte der UP bekommen. Hier geht es jedoch vor allem um die Bestimmung des Gewichts dieser religiösen Konfliktlinie für die Arbeitsunion. Sie wurde mit insgesamt 61 Wörtern, die 6 Prozent aller *cleavage*-Ausagen ausmachen, festgestellt. Die Abbildung 5 zeigt die Vorgehensweise des Kategorienschemas zur Salienzmessung.

Abbildung 5: Vorgehensweise des Kategorienschemas zur Salienzmessung



Wegen der unterschiedlichen Länge der Wahlprogramme wurde in einem dritten Schritt der Anteil der Wörter für eine Position, die auf *cleavage*-Positionen entfallen, gezählt, die wiederum auf alle Wörter des Wahlprogramms bezogen werden. Jede Position wird dann als Prozentanteil am *cleavage* bezogen auf den Teil des Programms und die *cleavage*-Position als Prozentteil des ganzen Programms ausgewiesen. Die Wörter, die auf die EU-Integration entfallen, werden getrennt gezählt und als Prozentteil des ganzen Programms ausgewiesen. Die so ermittelten Prozentwerte werden als

Indikator für die Bedeutung einer politischen Position für die jeweilige Partei interpretiert. Durch diesen standardisierten Eingang prozentualer Anteile wird zum einen der unterschiedliche Umfang der einzelnen Dokumente sinnvoll ausgeglichen. Zum anderen kann wiederum dokumentspezifisch die relative Häufigkeit der Nennung einer Position als Indikator dafür genommen werden, wie wichtig einer Partei ein angesprochenes Problem ist. Dies ist eine Grundthese für die quantitative Inhaltsanalyse, die nicht nur auf einzelne Variablen, sondern auch auf die theoriegeleitete Kombination dieser Variablen zu Themenbereichen, beziehungsweise Positionen bezogen werden kann.

6.2.3. Salienz der *cleavage*-Dimensionen im polnischen Parteienwettbewerb

Die Parteiprogramme wurden nach dem in Tabelle 22 aufgelisteten Klassifikationsschema, in der in Abbildung 5 beschriebenen Vorgehensweise, ausgearbeitet. Die Ergebnisse sind in Tabelle 23 für die Parlamentswahlen 1997 und in Tabelle 24 für die Parlamentswahlen 2001 zusammengefasst. Die Wörter in den Programmen wurden zuerst zusammen gezählt und anschließend in zwei Teile geordnet: Die in direktem Bezug zur europäischen Integration stehen und die, die man den vorher herausgearbeiteten *cleavages* zuordnen kann. Die Summe der Wörter in den beiden Blöcken (EU- und *cleavages*) deckt sich nicht mit der Gesamtzahl der Wörter, weil neben den hier relevanten Themen in den Programmen auch andere Probleme, wie Bekämpfung der Kriminalität und Korruption, Sicherung der Arbeitsplätze, Wohnungsbau und Schulen oder der Aufbau der Informationsgesellschaft und Medien- und Schulreform angesprochen werden, die sich nur schwer in *cleavage*-Positionen fassen lassen. Im zweiten Schritt wurden die *cleavage*-Wörter, also die Wörter, die in direktem Bezug zu den *cleavage*-Positionen der Parteien stehen, in drei Blöcke mit Bezug auf die drei Konfliktlinien eingeordnet: Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung, konfessionell vs. säkular und Staatsinterventionismus vs. freie Marktwirtschaft. Die Angaben in den Tabellen sind in absoluter Zahl der Wörter und in Prozenten dargestellt.

Tabelle 23: Die Programmatik der Parteien in den *cleavage*-Dimensionen in den Parlamentswahlen 1997

Programm Partei	Wörter Insgesamt	EU- Integration	<i>Cleavage</i> - Wörter	Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung	Konfessionell vs. säkular	Staatsinterventionismus vs. Marktwirtschaft
AWS	1.985	148 (7%)	730 (37%)	154 (21%)	51 (7%)	525 (72%)
UW	2.127	73 (3%)	467 (22%)	168 (35%)	24 (6%)	275 (59%)
PSL	1.136	20 (2%)	388 (34%)	76 (20%)	28 (7%)	284 (73%)
UP	2.439	161 (7%)	972 (40%)	260 (27%)	61 (6%)	651 (67%)
SLD	3.911	345 (9%)	1.055 (27%)	139 (13%)	192 (18%)	724 (69%)

Tabelle 24: Die Programmatik der Parteien in den *cleavage*-Dimensionen in den Parlamentswahlen 2001

Programm Partei	Wörter Insgesamt	EU- Integration	<i>Cleavage</i> - Wörter	Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung	Konfessionel vs. säkular	Staatsinterventionismus vs. Marktwirtschaft
AWSP	2.214	196 (9%)	732 (33%)	119 (16%)	131 (18%)	482 (66%)
UW	12.057	322 (3%)	3.257 (27%)	967 (30%)	484 (15%)	1.806 (55%)
PiS	12.708	123 (10%)	4612 (36%)	504 (11%)	312 (7%)	3.796 (82%)
PO	11.544	238 (2%)	6.293 (54%)	752 (12%)	109 (2%)	5.432 (86%)
PSL	15.379	609 (4%)	10.717 (70%)	252 (2%)	105 (1%)	10.360 (97%)
SLD-UP	7.320	794 (11%)	4.115 (56%)	329 (8%)	147 (4%)	3.639 (88%)
LPR	1.108	183 (16%)	539 (49%)	183 (34%)	59 (11%)	297 (55%)
Samoobroa	615	0	325 (52%)	42 (13%)	35 (11%)	246 (76%)

Quelle: Die Programme aller polnischen Parteien wurden im Parteienarchiv des Instituts für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau archiviert und in elektronischer Form erfasst. Berechnung durch den Autor.

Es ist auffallend, dass die Ergebnisse in Bezug auf ökonomische Themen, die in den Programmen erscheinen, derart hohe prozentuale Anteile haben, dies vor allem, wenn man sich die Analysen der polnischen Parteiprogramme der Autoren, die im Rahmen des Manifesto-Projektes gearbeitet haben, vor Augen hält. Da ist nämlich die Rede von geringer Bedeutung der Ökonomie in den Programmen (Bukowska/Czeźnik 2002: 273). Das lässt sich auf zweierlei Umstände zurückführen. Erstens ist die Kodierung unterschiedlich. Themen, die nach der MRG-Kodierung unter Landwirtschaft fallen, wurden hier unter Ökonomie kodiert, weil sie mit den Forderungen der PSL nach staatlichen Interventionen eine direkte Verbindung zum *cleavage* Staatsinterventionismus vs. freie Marktwirtschaft darstellen. Zweitens bezieht sich der hier gegebene prozentuale Anteil der Ökonomie auf die *cleavage*-Themen und nicht auf die Zahl der Wörter im gesamten Text.

Das Thema EU-Integration steht nicht im Vordergrund der Programme. Die Parteien, für die das EU-Thema eine relativ hohe Bedeutung hat (um 10 Prozent des Programmumfangs), haben auch dieser Thematik ein extra Kapitel (immer am Ende des Dokumentes) gewidmet (AWS, UP SLD für 1997 und AWSP, PiS, PSL, SLD-UP für 2001). Die anderen Parteien erwähnen die Unionsproblematik im Zusammenhang mit anderen Themen. Die den EU-Beitritt Polens am stärksten befürwortende Partei, die UW, hielt es für nicht notwendig, ihre Position noch zu bekräftigen. Ihr Programm ist nicht durch proeuropäische Rhetorik geprägt, dafür aber am stärksten mit den Anforderungen der EU-Kommission kompatibel. Die PSL hat zwar der EU-Integration ein extra Kapitel gewidmet, hielt dieses Thema aber im Vergleich zu den anderen, landwirtschaftsbezogenen Themen für nicht so wichtig. Andererseits hat die PSL in Ihren Aussagen immer eine klare Äußerung zur EU vermieden, was mit differenzierten, manchmal gegensätzlichen Meinungen diesbezüglich innerhalb dieser Partei zusammenhängt. Für die PO waren die Finanz- und Wirtschaftsthemen erstrangig, die europäische

Thematik war nur dann gefragt, wenn es um wirtschaftliche Lösungen am Beispiel der westlichen Märkte ging. Die PiS spricht über die EU nur im Kontext polnischer Interessen und einer Notwendigkeit der Information der polnischen Gesellschaft über die Vor- und Nachteile der Integration. Eine Ausnahme stellen hier die beiden populistischen Parteien dar. Die LPR hat zwar kein extra Kapitel der EU gewidmet, ihre Aussagen sind aber alle EU-kritisch. Da wird die EU als Ursache aller polnischen Probleme dargestellt. Die Samoobrona hat dagegen gar keine Aussage über die EU gemacht. Ihr Programm war aber, im Vergleich zu den anderen, extrem kurz und lapidar.

Das EU-Thema erscheint den Parteien nicht wichtig genug, um ihm mehr Platz in ihren Wahlprogrammen einzuräumen. Das lässt sich vielleicht dadurch erklären, dass die polnischen Parteien das Thema EU-Beitritt als nicht gut genug einschätzen, um zur Mobilisierung von Stimmen beizutragen und es zur Unterstützung zu nutzen. Und das wiederum lässt sich durch das außerordentlich geringe Interesse der Bürger an europäischen Fragen erklären,³⁸⁴ wobei das mangelnde Interesse vermutlich mit der Erwartung zusammenhängt, dass ein EU-Beitritt Polens nur geringe Auswirkungen auf die jeweils persönliche Lebenssituation haben werde.³⁸⁵ Dies wird von vielen Sozialforschern (Bielański/Biernat 2000, Frantz 2000, Grabowska/Szawiel 2001) dahingehend interpretiert, dass die Haltung zu einer EU-Mitgliedschaft noch nicht in Individual- oder Gruppeninteressen wurzelt, sondern weitgehend eine Frage der ideologischen Einstellung und des Gefühls bleibt. Da das EU-Thema von den führenden polnischen Parteien als nicht stimmenergiefähig eingeschätzt wurde, konnten die populistischen Parteien 2001 mit ihrer nationalistischen Rhetorik auf diesem Themenfeld mehr oder minder uneingeschränkt agieren.³⁸⁶

Andererseits hat es die große EU-Beitritt-Befürwortung in Polen den Parteien erlaubt, sich auf diejenigen Fragen zu konzentrieren, die große gesellschaftliche Resonanz erzeugen können. Das erklärt warum wirtschaftliche Fragen in den Programmen dominieren. Es geht dabei in erster Linie um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Privatisierung und Steuerreformen des Weiteren um Korruptionsbekämpfung und Reformen der Gesundheits- und Sozialsysteme, alles also was die Bürger vor allem interessiert und direkt betrifft. Die restlichen Themen in den Programmen, die sich nicht auf *cleavage*-Position einordnen lassen, beziehen sich auf gesellschaftliche, den Bürgern nähere Bereiche, wie: Subventionierung des Wohnungsbaus, Bildung und Informationsgesellschaft, Medienreform und Kultur.

Nur bei zwei Parteien können, wenn es um das Volumen geht, wertbezogene Positionen mit den wirtschaftlichen Äußerungen konkurrieren. Interessant ist dabei, dass sich beide Parteien auf gegenseitigen Polen befinden. Während die LPR, deren Strategie von Anfang an auf die Ablehnung des europäischen Integrationsgeschehens als Verlust der nationalen Identität und der Untergrabung

³⁸⁴ Nur 4 Prozent der Bevölkerung versprach sich im Jahr 2000 einen persönlichen Vorteil vom Beitritt zur EU (Kucharczyk 2000/2001: 78). Ähnliche geringe Bedeutung wurde den Verhandlungen mit der EU zugeschrieben, in denen lediglich 2 Prozent (2000) und 3 Prozent (2001) den polnischen Weg zur Mitgliedschaft für besonders wichtig erachteten (CBOS-Kommunikat Nr. 2489 v. 09.04.2001, Nr. 2480 v. 15.03.2001 sowie Nr. 3214 v. 20.10.2004).

³⁸⁵ Im September 2000 waren es 50 Prozent, im März 2001 52 Prozent derjenigen, die die Bedeutung der EU-Integration als für sie persönlich niedrig einschätzen.

³⁸⁶ Das Ergebnis bei Samoobrona bezüglich des EU-Themas sagt nicht viel aus, weil ihr äußerst karges, flaches Programm weder direkt für die EU eintritt, noch alle Aussagen direkt dagegen sind.

der christlichen Werte gerichtet war, viel Wert auf nationale Tradition, Souveränität des Staates und vor allem auf Anwendung des katholischen Moralkodexes im öffentlichen Leben legt, stellt die UW die universalistischen Werte und Multikulturalismus in den Vordergrund. Außerdem räumt die UW in ihren Programmen viel Platz der Vergangenheit ein, und der Beschreibung ihrer Verdienste, welche es Polen erst ermöglicht habe eine prowestliche Richtung einzuschlagen. In ihrem Programm von 2001 geht sie zusätzlich Themen wie Homosexualismus, Abtreibung oder Sterbehilfe an (das erklärt den großen Prozentanteil der Wörter, die auf die Position konfessionell vs. säkular entfallen), die sonst keine andere Partei zur Sprache bringen. Im AWS-Programm zeigt sich auch deutlich der Einfluss christlicher Prinzipien, insbesondere der katholischen Soziallehre auf das gesellschaftliche Leben. Betont werden auch Familientradition und das klare Bekenntnis zur nationalen Identität und zur Tradition Polens. Bei den restlichen Parteien nehmen die Werte, die sich auf das kulturelle *cleavage* auf Religion beziehen, in den Parteiprogrammen relativ wenig Platz ein. Die Parteien bestätigen in ihren Aussagen nur die Wichtigkeit der grundlegenden Werte wie Nation, Souveränität, Tradition und Familie. Allgemein jedoch nimmt Religion wenig Platz in den Programmen der Parteien ein, weil - wie schon vorher erörtert (Kapitel III-3.3) - sie in Polen, stärker als anderswo, gesellschaftlich verwurzelt ist und deshalb kein Bedürfnis besteht, sie auf eine politisch-programmatische Ebene zu befördern.

Bemerkenswert ist weiter, dass die Bedeutung der soziokulturellen *cleavages* in den Programmen zu den Parlamentswahlen 1997 in den Wahlen 2001 deutlich zugunsten ökonomischer Variablen in den Hintergrund trat. Das liegt einerseits daran, dass die Themen Konkordat und Rolle der katholischen Kirche im politischen Leben im Jahr 1997 noch alle beschäftigt haben (das neue Konkordat wurde zwar 1993 unterschrieben, aber erst 1998 ratifiziert). Dabei überrascht bei der SLD nicht der hohe prozentuale Anteil der Aussagen der Positionen bezüglich des konfessionell vs. säkular *cleavage* im Jahr 1997. Die SLD hat bewusst ihre weltanschauliche Grundeinstellung gegen den religiösen Fundamentalismus der Rechten bei den Wahlen hervorgehoben und konnte durch ihre konsequente antiklerikale Haltung (vor allem in der Frage des Abtreibungsgesetzes) als neue Klientelgruppe Intellektuelle und Frauen gewinnen. Andererseits haben 1997 die Folgen der durch die Regierung Buzek eingeführten vier großen Reformen (Renten-, Bildungs-, Gesundheits- und Verwaltungsreform) im gesellschaftlichen Protest noch keine Resonanz gefunden.

Die Aussagen, die sich auf *cleavage*-Positionen beziehen, machen durchschnittlich nur ein Drittel des gesamten Volumens des Wahlprogramms aus. Im Falle der PO, PSL und der SLD-UP, deren Programme sich ausschließlich den Finanz- und Wirtschaftsproblemen widmen, handelt es sich um 50 Prozent. Wie bereits erwähnt, modelliert die ökonomische Theorie der Politik das Verhältnis zwischen Politikern und Bürgern als Markt: die Anbieter müssen sich an die Bedürfnisstruktur der Nachfrager anpassen. Die Themen, die die polnische Gesellschaft 1997 sowie 2001 beschäftigten, verlangten nach einem sicheren und starken Staatsorganismus und einem „guten Leben“, was sich in den Programmen der Parteien in den Versprechungen der Durchführung der Staats- und Sozialreformen, Bekämpfung der Kriminalität und Korruption und vor allem der Sicherung von Arbeitsplätzen, Wohnungsbau und Schulen widerspiegelte. Dazu kommen die Themen um den Aufbau der Informationsgesellschaft, Medien- und Schulreform, welche sich schwer in *cleavage*-Positionen einordnen lassen.

6.3. Zum Zusammenhang von *cleavage*-Positionen und EU-Positionen der polnischen Parteien

In diesem Abschnitt sollen die empirisch ermittelten Einstellungsdimensionen der Parteien in Bezug auf die EU-Integration mit den hypothetischen, von den *cleavages* abgeleiteten EU-Positionen verglichen werden, um den Zusammenhang zwischen den *cleavage*-Positionen und den EU-Einstellungen der polnischen Parteien zu ermitteln. Haben die existierenden politischen Spannungslinien eine Erklärungskraft für die Positionen der Parteien in der EU-Integrationsfrage, und inwieweit besitzen die *cleavages* eine Aussagekraft für die Standpunkte der polnischen Parteien bezüglich der EU? Im Weiteren folgt eine Prüfung des empirischen Zusammenhangs im bivariaten Zusammenhang und des Gesamteinflusses, auch multivariat. Zuerst werden die Hypothesen noch einmal kurz vorgestellt.

6.3.1. Zusammenhang von *cleavage*-Positionen und EU-Positionen: Theoretische Erwartungen

In dieser Arbeit wurde angenommen, dass die Verschiedenheit der Interpretation des Integrationsprozesses eine Widerspiegelung der tief liegenden Unterschiede ist, deren Herkunft man in den politischen und kulturellen Genesen der Parteien suchen kann. Daher richtet sich das zentrale Interesse dieser Arbeit darauf, zu untersuchen, ob auf Grund der gesellschaftlichen Spaltungen und Konflikte, die die Parteien repräsentieren, aggregieren und artikulieren, die Einstellung einer Partei zur EU-Integration erklärt werden kann.

Aus der bisherigen Analyse ergibt sich, dass es in Polen wirksame Grundkonfliktlinien gibt, die zur Institutionalisierung des Parteiensystems und zum Aufbau der gegenseitigen, dauerhaften Verbindung zwischen Eliten, Parteien und Wählern geführt haben. Der aktuelle politische Wettbewerb in Polen wird vor allem durch die Frage nach der Haltung zu den nationalen Traditionen und den nationalen Interessen gegenüber einer Annäherung der polnischen Kultur an westeuropäische, universalistische Muster und der Bedeutung der christlichen Werte im öffentlichen Leben sowie durch die Frage nach der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik bestimmt. Darüber hinaus lassen sich die polnischen Parteien entlang dieser *cleavages* einordnen. Andererseits lassen sich aus den *cleavage*-Positionen die hypothetischen EU-Positionen ableiten. Wenn die EU-Integration allgemein mit Demokratisierung, Verwestlichung und Ökonomisierung gleichgesetzt wird, steht somit idealtypisch die positive Einstellung zur EU (+) in einem engen Zusammenhang mit politischem und ökonomischem Liberalismus, demokratischen Positionen und mit dem Anhängen an universalen Werten, Westintegration sowie dem Ablehnen des besonderen Statuses und der Rolle der katholischen Kirche im öffentlichen Leben. Die negative Einstellung zum EU-Beitritt (-) ist mit nationaler und regionaler Unabhängigkeit und dem Widerstand gegen marktwirtschaftliche Globalisierung und Säkularisierung

sowie mit Positionen, die Orientierung von Staat, Medien und Gesellschaft an christlich(-katholische) Werte verlangen, verbunden. Einem besonderen Status und einer besonderen Rolle der katholischen Kirche in der Verfassung und in der Politik wird allgemein zugestimmt, der Verlust nationaler Identität und Souveränität durch die Westintegration befürchtet. In Tabelle 25 für die Parlamentswahlen 1997 und in Tabelle 26 für die Parlamentswahlen 2001 sind die Daten zusammenfassend dargestellt.

In Kapitel III-3.2. *Die cleavage-Positionen der Parteien im Einzelnen* wurden die *cleavage*-Positionen der Parteien vermittelt und in Kapitel III-6.1. noch einmal mit Beispielaussagen und in ihrem EU-Bezug zusammengefasst. Auf Grund dieser Untersuchung wurden in den Tabellen 25 und 26 alle ausgesuchten Parteien, die sich auf der „proeuropäischen“ Seite der jeweiligen *cleavage*-Dimension befinden, mit „+1“ signiert und diejenigen, die sich auf dem Gegenpol befinden, mit „-1“. Mit „0“ wurden diejenigen Positionen der Parteien bezeichnet, die sich nur schlecht in eine eindeutige Position einordnen lassen. Dieses Problem wurde im Kapitel III-6.1. erörtert. Um eine Partei auf der *cleavage*-Dimension einordnen zu können, wurde in dieser Arbeit bei nicht eindeutiger Positionierung der Partei für die jeweils dominante Position entschieden.

Tabelle 25: Hypothetische und tatsächliche Standpunkte der polnischen Parteien bezüglich der EU-Integration in den Parlamentswahlen 1997

Strukturelle Einflussfaktoren	Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung	Konfessionell vs. säkular	Staatsinterventionismus vs. Marktwirtschaft	
Position zur EU-Integration				EU-Position abgeleitet von cleavages
Parteien:				
AWS	-1	-1	0	0
UW	+1	+1	+1	+1
PSL	-1	0	-1	-1
UP	+1	+1	-1	0
SLD	+1	+1	-1	0

Anmerkung: -1 steht für eine zu erwartende europakritische, +1 für eine europafreundliche, 0 für eine mittlere/unentschiedene Position. Bezogen auf die *cleavage*-Dimensionen steht -1 jeweils für Traditionalismus, Konfessionalität und Staatsinterventionismus; +1 für den Gegenpol, also westliche Werte, Säkularität und Marktwirtschaft.

Tabelle 26: Hypothetische und tatsächliche Standpunkte der polnischen Parteien bezüglich der EU-Integration in den Parlamentswahlen 2001

Strukturelle Einflussfaktoren	Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung	Konfessionell vs. säkular	Staatsinterventionismus vs. Marktwirtschaft	
Position zur EU-Integration				EU-Position abgeleitet von <i>cleavages</i>
Parteien:				
AWSP	-1	-1	0	-1
UW	+1	+1	+1	+1
PIS	-1	-1	0	0
PO	+1	+1	+1	+1
PSL	-1	0	-1	-1
SLD-UP	+1	+1	-1	-1
LPR	-1	-1	+1	0
Samoobrona	-1	0	-1	-1

Dabei wurden die Gegenpositionen nicht außer Acht gelassen, wie beispielsweise im Fall der AWS, die pro-marktwirtschaftliche Politik befürwortet und gleichzeitig jedoch wegen, ihres starken gewerkschaftlichen Flügels, in ihrer Programmatik starke staatsinterventionistische und industriepolitische Mittel betont hat. Ähnlich uneindeutig waren die PSL-Positionen auf dem religiösen *cleavage*. Die Debatte über die Entwicklung zur christlichen Volkspartei war im Falle der PSL lange Gegenstand eines innerparteilichen Disputs. In der fünften Spalte befinden sich die hypothetischen EU-Positionen der Parteien, die aus der *cleavage*-Position abgeleitet wurden.

Es wurde angenommen, dass, wenn in den oben genannten *cleavages* eine Position den Wert -1 entsprechend eingenommen wurde, die Partei gegen die europäische Integration bzw. wenn eine Position den Wert +1 entsprechend eingenommen wurde, die Partei für die europäische Integration ist. Wenn von einer Partei in der *cleavage*-Position eine Position den Wert 0 entsprechend eingenommen wurde, heisst es, dass die Partei einen neutralen oder einen leicht positiven Status quo Position in Bezug auf die europäische Integration hat. In Anlehnung an einige polnische Publizisten (Tymoszuk 2001: 118, Kucharczyk 1999: 226, Sielski 2001: 79) kann man sie mit „ja, aber...“ bezeichnen. Die deklarierte Befürwortung der Integration ist durch gewisse Bedenken relativiert. Das „aber“ bezieht sich auf die Bedingungen für den Beitritt Polens in die EU. Beispielsweise heißt das für die PSL „ja“ zur EU, „aber“ nur langsam und unter Einbehaltung sämtlicher Vergünstigungen, und für die AWS „ja, aber“ mit Beibehalten des polnischen Nationalcharakters und der Tradition.

6.3.2. *Cleavage*-Positionen und EU-Positionen: Bivariate Zusammenhänge

Es stellt sich die Frage, welcher Zusammenhang zwischen *cleavage*- und EU-Positionen tatsächlich existiert. Dazu sollen hier die in Kapitel III-5 *Die Standpunkte der polnischen Parteien* bestimmten, tatsächlichen Positionen der Parteien zur EU-Integration mit den Erwartungen verglichen werden. Das Vorgehen ist dabei mehrstufig. Die in drei Kategorien kodierten Positionen der Parteien in den *cleavage*-Dimensionen werden mit der Salienz (Wichtigkeit) der Dimension (vgl. Kapitel III-6.2.3) gewichtet und dann in Beziehung gesetzt zu den tatsächlichen EU-Positionen der Parteien. Dabei kommen Korrelations- und Regressionsanalysen zur Anwendung.³⁸⁷

Die generelle Fragestellung lautet also:

1. Gibt es einen Zusammenhang zwischen *cleavage*-Positionen und EU-Positionen der polnischen Parteien, und wenn ja, wie stark ist er?

Darüber hinaus ist zu fragen:

2. Welche *cleavage*-Dimension hat den stärksten Einfluss auf eine Positionierung in EU-Fragen und ist am meisten aussagekräftig?

Die Hypothese, auf die zweite Frage bezogen, lautet, dass wertgeladene *cleavages* eine höhere Bedeutung haben sollten als solche, die sich auf Verteilungsfragen beziehen und durch Verteilungspolitik auf Konflikte reduziert werden können. Konkret heißt das: Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung und konfessionell vs. säkular sollten eine höhere Bedeutung haben als Fragen der Steuerung der Ökonomie. Das Verfahren zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen *cleavage*-Positionen und EU-Positionen der Parteien lehnt sich an ein vergleichbares Vorgehen von Jahn (1999) an. In seiner Analyse steht die Frage im Mittelpunkt, in wieweit lassen sich die Standpunkte der politischen Parteien zum EU-Beitritt in den Referenden von 1994 durch *cleavage*-Strukturen erklären. Das Ergebniss seiner Studie deutet darauf hin, dass die soziopolitischen Faktoren eine hohe Erklärungskraft für die Positionen der Parteien in der EU-Beitrittsfrage besitzen. Alle drei Untersuchungsländer (Finnland, Schweden, Norwegen) haben äußerst stabile und ähnliche Parteiensysteme, deren Entstehung sich in besonders anschaulicher Art und Weise auf die geschichtliche Entwicklung der Konfliktstrukturen zurückführen lässt. Im Falle Polens kann man das nicht behaupten. Obwohl nach einigen Jahren des Bestehens und der Weiterentwicklung der postsozialistischen Parteiensysteme für die Autoren von Überblickswerken in erster Linie der „klassische“ *cleavage*-Ansatz relevant ist (Merkel 1997, Segert/Stöss 1997), streiten sich die Politikwissenschaftler weiterhin über den Grad der Konsolidierung des polnischen Parteiensystems und die Ausprägung der langfristigen Koalitionen zwischen sozialen Gruppen, Klassen und politischen Parteien. Merkel (1999: 496) und Machos (2001: 433) gehen davon aus, dass dieses System von einer demokratiefördernden Konsolidierung noch deutlich entfernt sei. Wojtaszczyk (1998: 79) und

Markowski (2003: 53) sprechen hingegen von einem moderaten Parteiensystem, das sich in einer Stabilisierungsphase befindet. Daher ist der hier unternommene Versuch um so interessanter und wertvoller, weil er uns nicht nur die Erklärungskraft der *cleavage*-Strukturen deutlich vor Augen führt, sondern auch einige Erkenntnisse über das polnische Parteiensystem, und im Weiteren auch über die Ausprägung und die Veränderung des politischen Wettbewerbs in jungen Demokratien Osteuropas liefert. Es bleibt die Frage, welche Rückwirkungen nach vollzogener Osterweiterung auf die EU zu erwarten sind.

In vorliegenden Fall fungieren die empirischen Befunde aus der Inhalts- und Programmanalyse zu den Positionen der Parteien zur EU-Integration als abhängige Variablen und als unabhängige Variablen die gewichteten *cleavage*-Positionen in Bezug auf drei *cleavages*: zwei kulturelle: Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung und konfessionell vs. säkular sowie eine ökonomische: Staatsinterventionismus vs. freie Marktwirtschaft. Die Ausprägungen der abhängigen Variable (Position zur EU-Integration) ergeben sich aus der qualitativen Inhaltsanalyse der Dokumente der Parteien in Kapitel III-6). Die Variable hat die Ausprägungen: Für EU-Beitritt (+1), „ja, aber“ als ambivalente Position (0), und gegen den EU-Beitritt (-1). Die Ausprägungen der unabhängigen Variablen ergeben sich aus den Positionen der Parteien auf den *cleavage*-Dimensionen, gewichtet mit der Salienz des jeweiligen *cleavage*. *Cleavage*-Positionen werden so kodiert, dass die Position mit der erwarteten Position hinsichtlich der EU-Frage, also der abhängigen Variablen, übereinstimmt. Die Hypothesen (s. vorheriger Abschnitt) zum erwarteten Zusammenhang drücken sich also in den *cleavage*-Positionen bereits aus. Tabelle 27 für die Parlamentswahlen 1997 und Tabelle 28 für 2001 veranschaulichen das Vorgehen.

Tabelle 27: Empirische *cleavage*-Positionen und hypothetische Positionen zur EU-Integration für die Parlamentswahlen 1997

A.	Bedeutung und Richtung der <i>cleavage</i> -Dimension			Tatsächliche Position zur EU-Integration
	Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung	Konfessionell vs. säkular	Staatsinterventionismus vs. Marktwirtschaft	
AWS	21 (-1)	7 (-1)	72 (0)	0
UW	35 (1)	6 (1)	59 (1)	+1
PSL	20 (-1)	7 (0)	73 (-1)	0
UP	27 (1)	6 (1)	67 (-1)	+1
SLD	13 (1)	18 (1)	69 (-1)	+1

Anmerkungen: Ergebnisse zu Bedeutung aus Kapitel. III-6.2.3, zu Positionen aus Kapitel III-3.2 und III-5.1-9.

³⁸⁷ Für die Analyse der Daten wird die entsprechende Software der Messsysteme verwendet. Die Weiterverarbeitung erfolgt mit Microsoft Excel und SPSS.

B.	Gewichtete <i>cleavage</i> -Positionen		
	Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung	Konfessionell vs. säkular	Staatsinterventionismus vs. Marktwirtschaft
AWS	-0,210	-0,070	0,000
UW	0,350	0,060	0,590
PSL	-0,200	0,00	-0,730
UP	0,270	0,060	-0,670
SLD	0,130	0,180	-0,690

Anmerkungen: *B* =Bedeutung*Position /100 aus Tabelle A

Tabelle 28: Empirische *cleavage*-Positionen und hypothetische Positionen zur EU-Integration für die Parlamentswahlen 2001

A.	Bedeutung der <i>cleavage</i> -Dimension			Tatsächliche Position zur EU-Integration
	Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung	Konfessionell vs. säkular	Staatsinterventionismus vs. Marktwirtschaft	
AWSP	16 (-1)	18 (-1)	66 (0)	0
UW	30 (+1)	15 (+1)	55 (+1)	+1
PiS	11 (-1)	7 (-1)	82 (0)	0
PO	12 (+1)	2 (+1)	86 (+1)	+1
PSL	2 (-1)	1 (0)	97 (-1)	0
SLD-UP	8 (+1)	4 (+1)	88 (-1)	+1
LPR	34 (-1)	11 (-1)	55 (+1)	-1
Samoobrona	13 (-1)	11 (0)	76 (-1)	-1

Anmerkungen: Ergebnisse zu Bedeutung aus Kapitel. III-6.2.3, zu Positionen aus Kapitel III-3.2 und III-5.1-9.

B.	Gewichtete <i>cleavage</i> -Positionen		
	Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung	Konfessionell vs. säkular	Staatsinterventionismus vs. Marktwirtschaft
AWSP	-0,160	-0,180	0,000
UW	0,300	0,150	0,550
PiS	-0,110	-0,070	0,000
PO	0,120	0,020	0,860
PSL	-0,020	0,000	-0,970
SLD-UP	0,080	0,040	-0,880
LPR	-0,340	-0,110	0,550
Samoobrona	-0,130	0,000	-0,760

Anmerkungen: *B* =Bedeutung*Position /100 aus Tabelle A

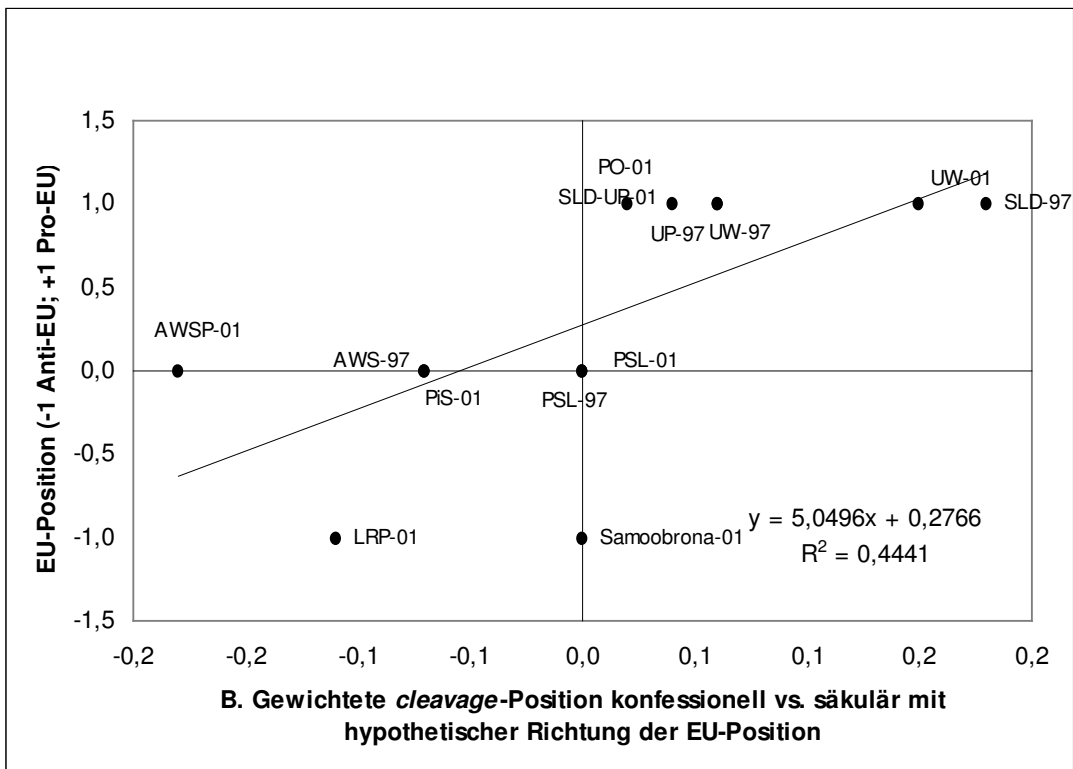
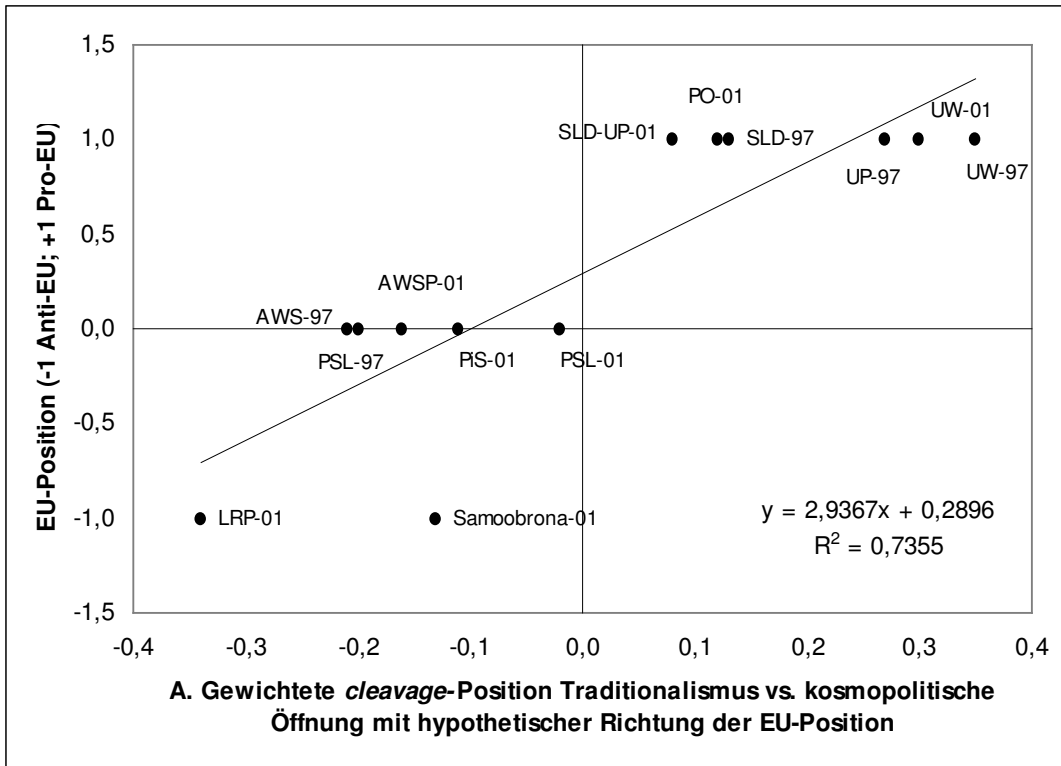
Positionen im traditionellen *cleavage*, das eher Nation, Souveränität und Familienwerte betont, ist mit -1 kodiert, weil hier erwartet wird, dass mit einer solchen Position auch eine negative Haltung gegenüber der EU-Integration besteht. Umgekehrt haben modernisierungsfreundliche Positionen in dieser Dimension (z.B. UW) den Wert +1, weil eine pro-EU-Position erwartet wird. Entsprechend wurde bei allen *cleavages* verfahren. Diese Werte (bereits aufgelistet in Tabelle 25 und 26, hier noch einmal in Klammern) wurden mit der Salienz gewichtet (Tabelle 27, Teil A für die Parlamentswahlen 1997 und Tabelle 28, Teil A für 2001). Die gewichteten *cleavage*-Positionen wurden mit den EU-Positionen korreliert. Die für die Analyse herangezogenen Ausprägungen der unabhängigen Variablen finden sich im Teil B der Tabellen.

Zur besseren Übersicht wurden die Variablen aus den Jahren 1997 und 2001 zusammengenommen. Das Argument für eine gepulte Analyse hängt mit der, für diese Arbeit angenommenen, generellen Theorie zusammen: Wenn die *cleavage*-Position einer Partei ihre EU-Position determiniert, dann ist sie unabhängig von der Zeit wirksam. Das ist das theoretische Argument. Es gibt aber auch das praktische, pragmatische Argument die Anzahl der Fälle für die Analyse zu erhöhen. Mit einer jeweils auf ein Wahljahr bezogenen Analyse gibt es nicht genug Fälle, die entsprechend statistisch berechnet werden können. Abbildung 6 zeigt gewichtete *cleavage*-Positionen mit hypothetischer Richtung der EU-Positionen jeweils in einer der *cleavages*:

- A. Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung,
- B. konfessionell vs. säkular,
- C. Staatsinterventionismus vs. freie Marktwirtschaft.

Tabelle 29 zeigt noch einmal die Salienz der Dimensionen aus den Absolutwerten. Das heisst, wenn die Position einer Partei auf dem *cleavage* Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung bekannt ist, dann kann man mit 73 Prozent aller Wahrscheinlichkeit vorhersagen, welche EU-Position diese Partei einnimmt. Bei dem anderen kulturellen *cleavage* (konfessionell vs. säkular) ist die Korrelation deutlich niedriger, aber immer noch relativ stark (44 Prozent). Im ökonomischen *cleavage* (Staatsinterventionismus vs. freie Marktwirtschaft) funktioniert dieser Zusammenhang nicht. Die Ergebnisse sind relativ stabil, d.h. sie sehen sich ähnlich, wenn man die einzelnen Wahljahre betrachtet. Das bekräftigt nur, dass die *cleavage* - Positionen der Parteien unabhängig von der Zeit funktionieren.

Abbildung 6: *Cleavage*-Position mit hypothetischer Richtung der EU-Position für die Parlamentswahlen 1997 und 2001



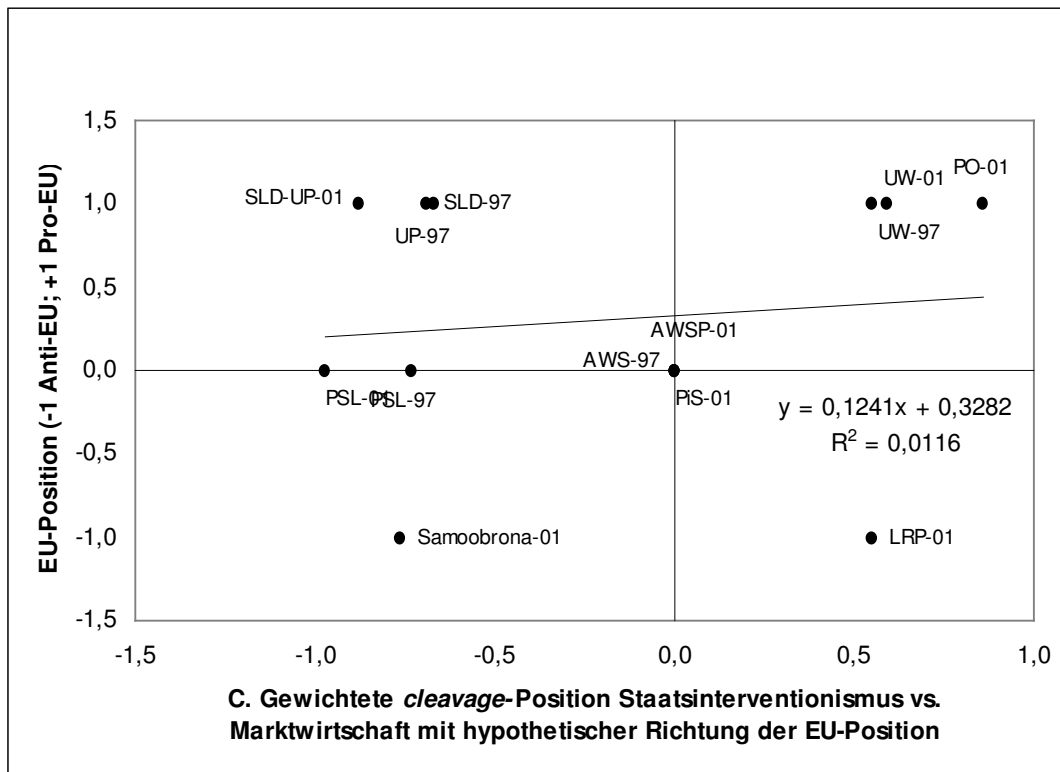


Tabelle 29: Korrelation zwischen, mit Salienz gewichteten, *cleavage*-Positionen und der Haltung zur EU-Integration

<i>cleavage</i> / Korrelation	Summierter Wert, alle <i>cleavages</i>	Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung	Konfessionell vs. säkular	Staatsinterventionismus vs. Marktwirtschaft
Korrel alle	0,501	0,858	0,666	0,108
Korrel 2001	0,435	0,869	0,575	0,196
Korrel 1997	0,645	0,953	0,803	0,102

Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass die gesellschaftlichen *cleavages* eine hohe Erklärungskraft für die Positionen der Parteien in der EU-Frage besitzen. Wenngleich dieses Thema nicht in die Staatsinterventionismus vs. freie Marktwirtschaft-Logik pass, so erklärt jedoch eine Kombination von konfessionell vs. säkular und vor allem dem Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung *cleavage* einen sehr hohen Anteil der EU-Positionen der politischen Parteien in Polen. Zusammenfassend sind die kulturellen *cleavages* wesentlich bedeutsamer als die ökonomischen. Daher gilt es jetzt, dies auch multivariat daraufhin zu prüfen, ob sich das in der Regressionsanalyse bestätigt.

6.3.3. *Cleavage*-Positionen und EU-Positionen: Regressionsanalyse

Im Folgenden wird der multivariate Zusammenhang geprüft, um herauszufinden, welchen Beitrag *cleavages* insgesamt leisten (adjustiertes R-Quadrat aus der Regressionsanalyse). Die Tabelle 30 fasst die Ergebnisse zusammen. Wenn man alle *cleavages* zusammen nimmt, dann erklären sie mit diesem gesamten Modell 65 Prozent der Varianz. Wenn man alle drei Ausprägungen kennt, dann kann man mit einer Wahrscheinlichkeit von fast zwei Dritteln sagen, welche EU-Positionen die Parteien haben. Wenn man die *cleavages* Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung und Staatsinterventionismus vs. freie Marktwirtschaft zusammen nimmt, dann erklären sie 68 Prozent der Varianz. Wenn man die *cleavages* konfessionell vs. säkular und Staatsinterventionismus vs. freie Marktwirtschaft zusammen nimmt, dann erklären sie 39 Prozent der Varianz. In allen drei Gleichungen bleibt das *cleavage* Staatsinterventionismus vs. freie Marktwirtschaft nicht signifikant, dafür bleiben aber die traditionellen *cleavages*: Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung sowie konfessionell vs. säkular immer signifikant. Traditionelle *cleavages* sind also am bedeutsamsten für die Übersetzung in EU-Positionen.

Tabelle 30: Variable in *the equation*

	Gleichung 1		Gleichung 2		Gleichung 3	
	Beta	Sig.	Beta	Sig.	Beta	Sig.
Kosmopolitische Öffnung vs. Tradition	0,835	0,017	0,858	0,000		
Konfessionell vs. säkular	0,285	0,923			0,696	0,124
Staatsinterventionismus vs. Marktwirtschaft	0,002	0,989	00,005	0,978	0,208	0,385
R^2	0,648		0,683		0,384	

6.3.4. Bewertung der Ergebnisse

Die vorgelegte Untersuchung der Positionen der politischen Parteien zum EU-Beitritt in den Parlamentswahlen 1997 und 2001 kommt zu dem Ergebnis, dass die *cleavage*-Strukturen einen deutlichen Einfluss auf die Parteienpositionen haben. Zentral ist dabei nicht die ökonomische, sondern die kulturelle Dimension. Insbesondere das Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung *cleavage* erweist sich im Hinblick auf die parteipolitischen EU-Standpunkte als sehr bedeutend, aber auch das konfessionell vs. säkular *cleavage* besitzt eine hohe Erklärungskraft im Zusammenhang mit der EU-Beitrittsfrage. Im Folgenden wird ein Versuch unternommen, diese Ergebnisse zu deuten. Dabei sind drei Fragen zu beantworten:

- A. Warum sind gerade die kulturellen Dimensionen für die Erklärung der EU-Standpunkte der Parteien aussagekräftig?
- B. Welche Bedeutung haben die Ergebnisse für die politische Auseinandersetzung in Polen?
- C. Welche Bedeutung könnten sie für die EU haben?

A. Begründung der Wichtigkeit der kulturellen Dimensionen für die Erklärung der EU-Positionen der polnischen Parteien

Einen ersten Hinweis bei der Suche nach der Antwort auf die Frage warum die kulturell beladenen *cleavages* aussagekräftig für die EU-Position der Parteien sind, können wir bereits im *cleavage*-Ansatz finden. Lipset und Rokkan (1967) identifizierten vier Grundkonfliktlinien: Die Staatengründung und Errichtung des Verfassungsstaates begleiten vielfach Auseinandersetzungen zwischen Zentrum und Peripherie sowie zwischen Kirche und säkularem Staat um die politische Macht und die kulturelle Hegemonie. Mit der einsetzenden Industrialisierung verstärkten sich die Konflikte zwischen städtisch-handwerklichen und ländlich-agrarischen Interessen sowie zwischen Kapital und Arbeit. In historischer Perspektive entfalteten insbesondere die stark kulturell bestimmte Säkularisierung sowie der ökonomische Klassenkonflikt die größte politische Schubkraft, wengleich sich in den westeuropäischen Staaten am Ende des 20. Jahrhunderts auch noch Auswirkungen der anderen beiden *cleavages* finden (Eith/Merz 2001: 161). Indem Lipset und Rokkan sowohl kulturelle als auch ökonomische Gegensätze als Ausgangspunkte der *cleavage*-Bildung zuließen, überwandern sie die theoretische Enge und empirische Unangemessenheit ökonomisch determinierter, marxistischer Modelle:

The first advantage of this approach is that it gives equal attention to any kind of conflict and cleavage. Race and ethnicity, religion and locality, culture and tradition, religion and ideology, points to dimensions of cleavage which may be as important as it's class dimension“ (Satori 1968: 18f).

Vieles spricht dafür, dass ökonomische Konflikte sogar nur dann zu langfristigen gesellschaftlichen Spaltungen mit politischer Wirkungsmacht führen, wenn sie zugleich eine ideologisch-kulturelle Aufladung oder Überformung aufweisen (Rohe 1992: 23f).

Die sozialen und/oder kulturellen Gegensätze müssen von politischen Eliten thematisiert werden. Konflikte müssen durch Parteien erst aufgegriffen und artikuliert werden, bevor sie für das jeweilige System politische Relevanz erhalten. Bindungen zwischen bestimmten Parteien und bestimmten Bezugspersonen der Parteien in der Gesellschaft stellen sich in *cleavage*-theoretischer Perspektive durch Interessenvertretungsangebote der Parteien an die Gruppen her. Die *cleavage*-

Theorie wurde breiter ausführlich³⁸⁸ behandelt, hier soll nur auf die „vage Interessentheorie“ (vgl. Falter/Schumann/Winkler 1990: 7) des *cleavage*-Ansatzes hingewiesen werden. Mit ihrem makrosoziologischen Rekurs auf die Strukturdimensionen blendet die Theorie die wichtige Frage nach den sozialstrukturell vermittelten Normen politischen Verhaltens aus.

Dass sich politische Orientierungen und Handlungen aus Strukturdimensionen heraus nicht befriedigend erklären lassen, hat in der westlichen *cleavage*-Forschung dazu geführt, die Funktion intervenierender Integrationsmechanismen wie soziale Milieus oder gesellschaftliche Wertorientierungen zu betonen und *cleavage*-orientierte Ansätze in dieser Weise theoretisch zu ergänzen (Steinwede 1997). Solche Ergänzungen sind allerdings voraussetzungsvoll. Sie gehen von Vermittlungsgliedern aus, die langfristig gewachsene kulturelle Muster und Traditionen als Basis haben. Fraglich ist natürlich, ob sich das Interessenvermittlungsproblem im postkommunistischen Kontext in gleicher Weise theoretisch behandeln lässt.

Auf der einen Seite stellt ein Großteil der jüngeren, vergleichenden, wahlsoziologischen Literatur (z.B. Abramson 1971, Franklin 1992, Dalton/Wattenberg 1993, Lane/Ersson 1994, Dalton 1996b, Nieuwebeerta/de Graaf 1999) fest, dass in den westlichen Demokratien ein nahezu universaler Rückgang der Bedeutung der sozialstrukturellen Position der Bürger für ihre politischen Orientierungen stattfindet. Dies wird vor allem mit einem sich abschwächenden Zusammenhang zwischen der Wahlentscheidung bzw. der Wahlabsicht einerseits und wesentlichen sozialstrukturellen Merkmalen wie Klassen- oder Schichtzugehörigkeit, Religiosität und Konfession andererseits belegt. Auf der anderen Seite bleibt die These vom Rückgang der Bedeutung der Sozialstruktur für das Wahlverhalten nicht unwidersprochen³⁸⁹ und andere Autoren betonen eher die Unterschiede zwischen den Nationen als einen allgemeinen Trend (Knutsen/Scarborough 1995, Knutsen 1995, Weakliem 1991, Weakliem/Heath 1999) oder schildern Fälle, in denen die Sozialstruktur eine politische Bedeutung erst gewinnt (Pradeep/Torcal 1997, Evans/Whitefield 1999, Mateju 1999). Diese These deckt sich mit denen der meisten Transformationsforscher (Klingemann 1994, Ekiert 1992, Markus 1992, Weißels/Klingemann 1998), die für die postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas eine Dominanz soziokultureller über sozioökonomische Auseinandersetzungen reklamieren.

Die Bedeutung kultureller Faktoren für den Verlauf der gesellschaftlichen Umbruchprozesse ist auch von Anfang an ein zentrales Thema der Osteuropa- und Transformationsforschung gewesen.

³⁸⁸ Im Kapitel I-2.2.3 *Soziostrukturelle Analyse* und weiter in Kapitel III. 2.1. *Besitzt das makrosoziologische Modell von Lipset/Rokkan einen Erklärungswert für Osteuropa?*

³⁸⁹ Die These zur abnehmenden Bedeutung der Sozialstruktur für die Politik dominierte die internationale politikwissenschaftliche Diskussion in diesem Bereich bis ungefähr Mitte der neunziger Jahre. Danach sind Analysen zur sozialstrukturellen Basis des Wahlverhaltens mit teilweise gegenteiligen Befunden vorgelegt worden. Der wesentliche Unterschied zwischen diesen neueren und den älteren Analysen besteht in der Anwendung methodischer Innovationen (Operationalisierung des Konzeptes der Klasse und die Anwendung komplexer statistischer Analyseverfahren). Vor allem Evans (1999) hat dazu beigetragen, dass die These zur abnehmenden Bedeutung der Sozialstruktur für die Politik, die lange eindeutig geklärt schien, zumindest wieder kontrovers diskutiert wird.

Allerdings hat sich der Fokus der Diskussion³⁹⁰ in den vergangenen Jahren deutlich verschoben: Stand zunächst die Frage im Vordergrund, inwieweit das kulturelle Erbe des Staatssozialismus eine Barriere für erfolgreiche politische und ökonomische Reformen darstellt, so wird seit Mitte der 90er Jahre vor allem darüber gestritten, inwiefern kulturelle Differenzen zwischen den Ländern die dramatischen Unterschiede im Verlauf der Transformation erklären können (Bönker et.al. 2004). Auch wenn die Meinung darüber, inwiefern kulturelle Faktoren die Erfolgsaussichten für die nach 1989 überall in Osteuropa eingeleitete Reformpolitik beeinflusst haben, auseinandergehen, bleibt die Bedeutung kultureller Faktoren für den Verlauf der postsozialistischen Transformation unbestritten. Viele Autoren (z.B. Lepsius 1991, Offe 1991, Sztompka 1993) sahen gerade in den kulturellen Hinterlassenschaften des Staatssozialismus eine schwerwiegende Hypothek mit erheblichen Restriktionen für die Transformation. Inzwischen liegen auch die ersten quantitativen Studien vor (Fish 1998, Panther 2002), die versuchen, die Bedeutung kultureller Differenzen in den Transformationsländern zu untermauern und den Zusammenhänge zwischen Kultur und Transformationsverlauf mittels statistischer Analysen auf die Spur zu kommen.

Wenn man die Diskussionen über entstehende Konfliktstrukturen in den ostmitteleuropäischen Ländern betrachtet, so findet man Diskussionsstränge, die aus unterschiedlichen Gründen die geringe Bedeutung sozioökonomischer Konfliktlinien betonen (Bielasiak 1992, Ost 1993). Einerseits erkennt man keine Ausgangskonstellation für wie immer geartete Interessenkonflikte in den postkommunistischen Gesellschaften, andererseits macht man zwar durchaus Konfliktmuster aus, sieht aber sozioökonomische Konfliktlinien dadurch als weitgehend überlagert an. Die Autoren, die Segmente in den postkommunistischen Gesellschaften gesehen haben, die als Basis für den neuen Parteienwettbewerb zur Verfügung stehen können, bezeichnen die Wertekonflikte als die relevanten Bestimmungsgrößen der Politisierung nach dem Ende des Kommunismus.

If the main characteristic of postcommunist societies is their ‚flatness‘ insocio-structural and interest terms and therefore the inability of citizens to define their political interest in relation to their location in the social structure, then the relationship between citizen and parties is likely to be unstable (Weßels/Klingemann 1998: 8).

In der Umbruchsituation Osteuropas, so Klingemanns (1994: 117) These, gelingt es den Parteien am besten an die Interessen soziokultureller Wertgemeinschaften anzuknüpfen. Markowski (2000: 113) kam nach seiner detaillierten Analyse der politischen Szene am Anfang der Dekade zu ähnlichen Ergebnissen:

If parties and political elites cannot establish clear images on the economic redistribute/populist vs. market liberal dimension, they make efforts to take advantage of other salient political issues and policies. In the 1990-1995 period, these include mainly the religious-secular divide. The data show that economic and socio-cultural divisions have equally strong effects on the spatial location of parties.

³⁹⁰ Der Verlauf dieser Diskussion rekonstruiert gut der Beitrag von Bönker / Beichelt / Wielgoßs 2004. Vgl. auch eine Debatte in Berliner Debatte Initial 15(2004) 5/6, 64-72, in der die für den Schwerpunkt verantwortlichen mehrere Autoren, dazu Stellung genommen haben, was die Kultur für die retrospektive Beurteilung der Reformpolitik und die zukünftige Beschäftigung mit Transformationsproblemen bedeutet.

Nachdem im Sozialismus Konflikte zwischen sozialen Klassen verleugnet wurden, hat bis heute die soziale Stellung des Individuums relativ geringen Einfluss auf dessen Wahlentscheidung. Anstelle von Klassenbewusstsein verfügen die meisten Wähler hingegen über recht dezidierte kulturelle Wertvorstellungen. Auch deswegen stößt man in Polen auf eine Situation, in der die großen Parteien durch weltanschaulich-ideologische Konflikte polarisiert sind, und sich weniger nach gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen differenzieren. Ein Beispiel stellt die AWS dar. Sie entstand nicht, um der postkommunistischen Regierung auf wirtschafts-politisch-sozialem Terrain etwas entgegenzusetzen. Sie kämpfte vielmehr um die weltanschaulich-ideologische Führung in Polen. Im Vordergrund ihrer Identitätsbildung stand das Selbstverständnis als katholisch und konservativ, welches sich gegen die laizistische und moderne Ausrichtung der SLD wendet sowie das Hochhalten des revolutionären Erbes, welches kontrastiert wurde von der historischen Schuld und Verantwortung der SLD für die kommunistische Diktatur.

In Laufe der Zeit sind einige Hypothesen aufgestellt worden, die mit der Transformation die ansteigende Rolle der ökonomischen Werte prognostiziert haben (Evans/Whitefield 1993, Grabowska 1999, Markowski 2002). Diese Thesen mussten revidiert werden, weil entgegen den Erwartungen soziokulturelle Aspekte, die ohnehin bis dahin das polnische Parteiensystem am stärksten polarisiert haben, nach den Parlamentswahlen 2001 noch mehr an Bedeutung gewonnen haben. Vor allem war es die Konfliktlinie nationalistischer Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung. Markowski (2002) begründet dieses damit, dass in den wichtigen ökonomischen Fragen (Arbeitslosigkeit, Sozialreform, Kriminalitätsbekämpfung) die Mehrheit der Wählerschaft ähnliche Positionen einnahm (*valence issues*).

Rather than socio-economic class or interest-based voting (...) there appears to be a movement towards a pattern of party competition based on what might be termed 'valence' issues associated with competence and an ability to achieve shared objectives and goals. Valence issues are those goals on which there is broad agreement among large sections of the population, such as economic development and the maintenance of order, and where party elites compete on their broad competence and ability to deliver these shared goal (Markowski 2002: 154).

Dagegen sind es die kulturellen Dimensionen (Rolle der Kirche im öffentlichen Leben und deren Beziehung zur kommunistischen Nomenklatur), die die polnische politische Szene am stärksten polarisieren. Bei diesen Positionen ist auch die Kristallisierung der Wählerschaft sehr hoch. Tabelle 31 zeigt die Lokalisation des polnischen Elektorats in den Parlamentswahlen 2001. Dabei kann direkt identifiziert werden, welche *issues* stark konfliktreich sind. Betrachtet man als *konsens-issues* solche, bei denen die Polarisierung nicht größer als 1,5 ist, fällt auf, dass zu den verbleibenden, hoch polarisierenden *issues* vor allem solche gehören, die sich auch mit kulturellen Fragen in Verbindung bringen lassen, so z.B. die Rolle der Kirchen, der Nomenklatur, des Fremdkapital in Polen – und auch die EU-Frage. Am stärksten polarisierten 2001 die Kirchen-, Nomenklatur- und EU-Frage. 1997 war das noch nicht der Fall. Es kann hier nicht geklärt werden, warum der Zusammenhang zwischen kulturellen cleavage-Positionen und EU-Integration zeitlich stabil ist, auf der Individualebene die kulturelle Dimension, aber erst 2001 eine hohe Polarisierung provoziert. Als *valence issues* wurden die Probleme betrachtet, deren Polarisierungspotenzial nicht größer als 1,5 auf der Skala war. Zum Vergleich gab es in den Parlamentswahlen 1997 (Angaben in Klammern) nach dieser

Berechnungsmethode keine Problembereiche, zu deren Lösung eine weitgehende Konvergenz unter der Wählerschaft der jeweiligen Parteien herrschte.

Tabelle 31: Lokalisation und Polarisierung des polnischen Elektorats in den Parlamentswahlen 2001

Issue	Polarisierung	Lokalisation des extremen Elektorates (Skala von 0 bis 10)
Verbrechensbekämpfung	1,62 (2,62)	(fast) <i>valence issues</i> : → „durchschnittlich: hart“
Privatisierung	2,44 (4,93)	UW (5,0), AWSP (5,7), PO (5,8) → relativ schnell PSL (8,0), LPR (7,5), SLD (7,4) → langsam
Rolle der Kirche	4,42 (4,35)	LPR (5,6), AWSP (5,7), PO (5,8) → einflussreich SLD (1,2), UW (1,7), PSL (1,9) → marginal
Nomenklatur	3,37 (4,34)	SLD (6,5), PSL (5,4) → Erlaubnis für die politische Tätigkeit LPR (3,0), AWSP (3,5), → Verbot der Amtsausübung
Arbeitslosigkeit vs. Inflation	1,34 (5,65)	<i>valence issues</i>
Steuerpolitik	2,99 (5,50)	UW (5,2) → Linearsteuer Samoobrona (2,2), PSL (2,5) → Stufensteuer
EU-Integration	3,17 (2,01)	PO (3,7), UW (4,5), AWSP (4,5) → für LPR (6,9), Samoobrona (6,2), PSL (6,1) → gegen
Landwirtschaft Substitution	2,71 (4,58)	PSL (1,6), Samoobrona(2,3), LPR (2,4) → Ja UW (4,3), PO (3,8) → relativ Nein
Sozialpolitik	1,41 (4,30)	<i>valence issues</i> → Staatsprotektionismus
Fremdkapital in Polen	3,16 (1,90)	UW (3,5), PO (4,0) → Erlaubnis PSL (6,6) → Begrenzung

Anmerkungen: Markowski (2002: 147-170, Tabelle: 160) schlägt ein Polarisations-Index vor, der gleichzeitig die Größe der Partei, ihre Lokalisation sowie die Kohäsion des Elektorates und die Distanz zwischen den Parteien berücksichtigt. Der Polarisations Index (P) wurde nach dem Muster berechnet:

$$P = \frac{\sum N_i \cdot \text{Abs}(x - x_i)}{1 + SD_i}$$

Wobei N – die Größe des Elektorates, die absolute Differenz mittlerer Position des jeweiligen Elektorates und mittlerer Position der Wahlaktiven Polen, mit 1+SD wird das umgewandelte Maß der Standarddiskrepanz bezeichnet.

Gegenüber den Hypothesen, die die ansteigende Rolle der ökonomischen Werte prognostiziert haben, lag Markus (1992: 247ff) mit seiner These richtig, dass die Spaltungslinie kosmopolitische Öffnung mit ihrem starken Effekt auf politische Einstellungen von sozioökonomischen Konfliktpotentialen noch deutlich überlagert wird. Solange sich keine festen kapitalistischen Marktstrukturen in Polen verfestigt haben, kann das ökonomische cleavage die Parteiensysteme nicht in dem Maß, wie es in den westeuropäischen Ländern der Fall ist, polarisieren. Im vorliegenden Fall würde das heißen, dass das ökonomische cleavage solange eine geringe Aussagekraft auch über die Parteienpositionen in Bezug auf die EU-Integration besitzen wird.

Zwar besagen andere Untersuchungen, die zuletzt auf dem Kongress April 2004 an der Indiana-Bloomington University of North Carolina³⁹¹ präsentiert wurden, dass einerseits *economic, social and political values play a role in the forming of attitudes to a EU membership in all countries* (Pollack 2004) und andererseits, dass:

the most powerful predictors in the East are the linear variables Left/Right and Gal/Tan. If one knows only where a party stands on these two dimensions, one can account for 61 percent of the variance in positioning on European integration across Central and Eastern European parties.

Dies sind jedoch komparative Studien, die generalisierende Beobachtungen darstellen. Sie können die Einzelfallanalysen nicht ersetzen, die stärker nach der parteipolitischen Situation der jeweiligen Länder differenzieren.

Wenn man die Europadebatte in Polen³⁹² noch einmal Revue passieren lässt, lassen sich weitere Anhaltspunkte für die Erklärung der Ergebnisse finden. Die Strategie der polnischen Beitrittsgegner basierte darauf, vor allem nationalistische Rhetorik als besonders taugliches Mittel einzusetzen. In der Berufung auf nationale Symbole und Mythen, kollektive Erinnerungen und die Vergangenheit wurde hauptsächlich die Frage des Souveränitäts- und Identitätsverlustes sowie des Ausverkaufs polnischen Bodens thematisiert. Die scheinbar in Polen verwurzelte Assoziation von Souveränität und Territorium, die Gleichsetzung der Landesverteidigung und des Patriotismus, die Verknüpfung von Boden und staatlicher Unabhängigkeit wurde von den Beitrittsgegnern erfolgreich aufgegriffen.

Das affektive Europabild, das durch den Slogan „zurück nach Europa“ repräsentiert wurde, wich zwar im Laufe der Verhandlungen einer utilitaristischen Vorstellung der EU-Mitgliedschaft. Für den politischen Zündstoff jedoch sorgten die kulturell beladenen Argumente, die eine Bedrohung nationaler Eigenarten, bzw. der wiedergewonnenen nationalen Souveränität und Würde durch die EU-Mitgliedschaft feststellten. Die mit „Europa“ verbundenen Ängste erfassten Befürchtungen des Identitäts- und Souveränitätsverlustes und der Verwässerung nationaler Wertvorstellungen. Wichtig in dieser Debatte war auch eine Unsicherheit hinsichtlich der Rolle der christlichen Werte, die die eigene kulturelle Identität sehr prägten. Hand in Hand ging hiermit die Angst vor der Laizisierung Polens und die Idee eines Polen als Motor der Christianisierung Europas.

Die ökonomischen Fragen spielten in der Europadebatte vor allem in der Endphase der Verhandlungen mit der EU, als die rationalisierten Definitionen an Bedeutung gewonnen haben, auch eine wichtige Rolle. Dieses sowohl mit Blick auf das durch die EU repräsentierte Europa als auch in den Meinungen über die Beziehung des eigenen Landes zu diesem Europa. Aber auch hierbei beruhten die ökonomischen Darlegungen der Gegner der EU indirekt auf wertebeladenen Argumenten. Es waren vor allem die Angst vor dem Verkauf des Landes an fremdes Kapital, vor der wirtschaftlichen Unterlegenheit und der Vernichtung der Wirtschaft Polens, das nur ein Absatzmarkt

³⁹¹ Siehe Conference White Papers im Internet unter: http://www.indiana.edu/~iupolsci/eu_papers.html

³⁹² Ausführlich siehe: Kapitel III-4.2. *Europadebatte in Polen.*

für EU-Produkte sein sollte. Folgt man den Parlamentsdebatten im Sejm, so zeigt sich eine Form der Entpolitisierung sozioökonomischer Konflikte durch eine fiktive Identitätsbildung. So konstruierten zumindest die Parteien der rechten Seite, in der Frage der Privatisierung oder der Verwendung der PHARE-Gelder³⁹³, aber auch in der Frage der Integration in die EU eine Identität nicht entlang sozioökonomischer Spaltungslinien, sondern entlang des „uns“ – den Polen, der Nation – gegenüber „ihnen“ – den Internationalisten und der EU. Die Konstruktion einer fiktiven polnischen Gemeinschaft ist wiederum – nach Bohle (2002: 203) - ein Indiz für die mangelnde Artikulationsfähigkeit und Politisierung sozioökonomischer Konflikte und Gegensätze.

Außerdem lässt sich die mangelnde Aussagekraft des ökonomischen *cleavage* Staatsinterventionismus vs. freie Marktwirtschaft auch mit den von der EU vorgegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die den Parteien wenig Freiraum für eigene differenzierte Wirtschaftsprogramme geben, erklären. Die Verhandlungen wurden von der sogenannten verstärkten Heranführungsstrategie begleitet, die die Kandidaten auf die EU-Mitgliedschaft vorbereiten sollten. Die Beitrittskandidaten wurden verpflichtet, neben Fortschritten in der Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit zu machen, auch sektorale Restrukturierungs- und Privatisierungspolitiken einzuleiten. Die EU hat sich hiermit, wie Grabbe (1998: 16) schreibt, als Motor der Reformen in diesen Beitrittspartnerschaften, deren inhaltliche Reichweite sehr detailliert ist, etabliert. Sie legt fest und beurteilt die makroökonomische Entwicklung, geld- und haushaltpolitische Programme und auch Fortschritte in der Übernahme des Binnenmarkt-*acquis*. Angesichts der strengen Regeln des *acquis communautaire*, die einen nur eng begrenzten Freiheitsgrad in der Wirtschaftsreformpolitik erlauben, mögen die Parteien auf die Darstellung von parteipolitischen Differenzen in Bezug auf die EU-Integration Polens auf politisch-kulturelle Themen umsteigen. Kitschelt (1995: 489) hat festgestellt, dass allgemein der Anreiz zu kultureller und symbolischer Politik besonders groß für die Länder, die zunehmend mit der Europäischen Union verflochten werden, ausfällt.³⁹⁴ Die Festlegung auf eine bis ins Detail vorgegebene Politik behindert die Entstehung und Ausdifferenzierung der sozioökonomischen Konfliktlinie. Ein eher geringer Anpassungsdruck besteht im Bereich des Sozialstaats, wo die Regelungsdichte des *acquis* deutlich schwächer ist (Wagener 2002: 152-174). Der *acquis communautaire* wird eben nicht verhandelt, sondern ist vorgegeben: Das entsprechende Kopenhagener Kriterium lautet „funktionsfähige Marktwirtschaft“. Es geht um die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck des Binnenmarkts standhalten zu können. Die Befürworter eines langsamen Übergangs zur Marktwirtschaft – Transferempfänger, Schichten mit niedriger Bildung, Bauern etc. – stellen zwar die Bevölkerungsmehrheit, aber für sie besteht keine realistische Möglichkeit zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele (Beichelt 2003: 267). Ihre Interessen werden dagegen gern durch die Populisten vertreten.

³⁹³ Das PHARE-Programm bildet derzeit das Hauptinstrument für die finanzielle und technische Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft mit den Ländern Mittel- und Osteuropas (MOEL). Es wurde 1989 zur Unterstützung des Reformprozesses und des wirtschaftlichen und politischen Wandels in Polen und Ungarn eingerichtet.

³⁹⁴ Kitschelt hat damit an Katzensteins (1985) Argument angeknüpft, dass kleinere Länder zu einer marktwirtschaftlicheren Politik gezwungen sind.

Es lässt sich im polnischen Kontext eine Wirtschaftsprogrammatur, die sich an sozialdemokratischen Vorbildern einer sozialen Marktwirtschaft orientiert, von einer liberalen Programmatur unterscheiden, die staatlichen Interventionismus in das Wirtschaftssystem weitgehend ablehnt. In Bezug auf den Beitritt Polens zur EU zeigten sich aber die Differenzen vielmehr im zeitlichen Szenario und den konkreten Bedingungen der Integration. Wenn man beispielsweise die zwei sich gegenüber stehenden Parteien die AWS und die SLD betrachtet, findet man keine tiefliegenden Unterschiede in der wirtschaftspolitischen Programmatur. Beide Parteien sprachen sich in ihrem Wahlkampf 1997 einerseits für eine Fortführung der Reformpolitik sowie der Westintegration aus und befürworteten andererseits staatsinterventionistische und industriepolitische Mittel, um die Anpassungsfähigkeit der polnischen Wirtschaft zu erleichtern, um für ein Minimum an sozialer Gerechtigkeit zu sorgen (Kucharczyk 1997). Eine Koalition dieser beiden Parteien wäre jedoch unmöglich gewesen, weil beide Parteien sich auf gegenüberliegenden weltanschaulichen-ideologischen Polen befanden. Die AWS entstand nicht, um der postkommunistischen Regierung auf wirtschaftspolitisch-sozialem Terrain etwas entgegenzusetzen. Im Vordergrund ihrer Identitätsbildung stand das Selbstverständnis als katholisch und konservativ, welches sich gegen die laizistische und moderne Ausrichtung der SLD wendet sowie das Hochhalten des revolutionären Erbes, welches mit der historischen Schuld und Verantwortung der SLD für die kommunistische Diktatur kontrastiert wurde (Bohle 2002: 193). Dies erklärt auch die Probleme der Aufteilung der polnischen Parteien entsprechend dem in westlichen Gesellschaften gängigen Rechts-Links-Schema. Die Werthaltungen verbinden sich in Polen in einer anderen Weise als in westeuropäischen Parteiensystemen, und zwischen den einzelnen Dimensionen innerhalb einer Partei fehlt oft eine logische Übereinstimmung.³⁹⁵

In diesem Kontext sind die Ergebnisse einer Studie von Marks/Hooghe/Edwards/Nelson (2004), die sich auch mit den Positionen der Parteien in Bezug auf die EU-Integration beschäftigt hat, interessant. Ihre Ergebnisse bestätigen einerseits, dass:

(...) the positions that parties take on European integration are coherently, and systematically, related to the positions they take on the Left/Right and Gal/Tan dimensions of contestation that structure domestic politics.

Und andererseits kam sie bei der Feststellung der Unterschiede zwischen west- und osteuropäischen Parteien zu dem Schluss, dass:

There is a similar logic of opposition in the East. Opposition to European integration also comes from the hard left and the hard Tan, but these characteristics are found in the same, not different, parties.

Die Empirie des Parteiensystems in Polen legt nun nahe, dass sozioökonomische Konflikte sehr wohl eine Rolle spielen, aber in andere Arenen übertragen werden. Wenn große Teile der Wirtschaftspolitik – so Beichelt (2003: 267) – parlamentarischem Diskurs und politischer Entscheidung vorenthalten

³⁹⁵ Hierzu siehe noch einmal die Diskussion im Kapitel III-2.3. *Die cleavage-Struktur in Polen. Der heutige Stand.*

werden, wertet dies andere Politikbereiche in ihrem relativen Gewicht auf. In Polen betrifft dies die soziokulturelle Ebene. Die Bereiche, in denen politische Auseinandersetzungen mit einer schwächeren Vorgabe externer Randbedingungen geführt werden können, waren: Umgang mit der Vergangenheit, Stellung der Religion und Stand der Nation.

Die Bedeutung der Konfliktlinie zwischen Traditionalismus und Verwestlichung korrespondiert damit, wie europäische Integration in nationalem Diskurs konstruiert wird. In Polen, wo sich die Konfliktlinie stark entwickelte und die Konfiguration des Parteiensystems nach 1989 mitbestimmte, rangiert europäische Integration im Zentrum politischer Kontroversen. Nach dem erreichten Ziel, dem Beitritt Polens zur EU, wird das europäische Integrations-*issue* weiterhin die polnische, politische Szene polarisieren, oder wird es als etwas Selbstverständliches konstruiert, als Teil des übergreifenden nationalen Konsenses und dadurch nur von ephemerer Bedeutung für aktuelle politische Debatten? Welche Bedeutung haben die Ergebnisse für die politische Auseinandersetzung in Polen und was ist für die Zukunft der Konfliktstrukturen im polnischen Parteiensystem zu erwarten?

B. Bedeutung der Ergebnisse für die politische Auseinandersetzung in Polen

Die Konsolidierung des Parteiensystems wird als Voraussetzung für die Konsolidierung der Demokratie gesehen (Beyme 1997: 23-56, Mainwaring 1998: 67-81). Die Parteien spielten in den Phasen des Systemwechsels und der demokratischen Konsolidierung eine zentrale Rolle. Der politische Wettbewerb beruht dort, wie auch in den älteren europäischen Demokratien, auf der erfolgreichen Mobilisierung sozialer Konfliktlinien (Eith 2001: 327ff). Auch die Frage nach der Stabilität demokratischer Systeme beinhaltet zudem immer die Frage nach der adäquaten Repräsentanz der unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen. Es bleibt festzuhalten, dass einerseits das Zusammenspiel von sozioökonomischen Interessen und politischen Eliten den politischen Wettbewerb prägt. Andererseits bestimmen sie auch Genese und Charakteristika des politischen Systems, d.h. mit welchen Themen und in welchen Formen politische Parteien den Interessen und Bedürfnissen ihrer Wählerschaft gerecht werden können (Eith 2001: 28).

In der ersten Hälfte der 90er Jahre prägte in Polen vor allem der Transformationskonflikt zwischen Reformern und Vertretern des *ancien régime* den politischen Wettbewerb. Mit der Zeit verlor das Thema immer mehr an politischer Relevanz und verblieb allmählich als Streit um die Vergangenheitsbewältigung, die weiterhin die politische Klasse, entgegen der Erwartung der Öffentlichkeit, ideologisch und machtpolitisch instrumentalisiert.³⁹⁶ Im Laufe der Transformation strukturierte sich das polnische Parteiensystem mehr und mehr entlang der Frage nach der Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Marktorientierung und staatlichem

³⁹⁶ Siehe im Kapitel III-2.3. *Die cleavage-Struktur in Polen. Der heutige Stand.*

Interventionismus. Jedoch kann sich die Trennlinie zwischen der Befürwortung und Ablehnung des schnellen Übergangs zur Marktwirtschaft auf der politischen Ebene kaum entfalten. Wie bereits erwähnt, behindert die Festlegung auf eine bis ins Detail vorgegebene EU-Politik die Entstehung und Ausdifferenzierung der sozioökonomischen Konfliktlinie. Die Bereiche, in denen politische Auseinandersetzungen mit einer schwächeren Vorgabe externer Randbedingungen geführt werden und gleichzeitig in der Phase der Integration Polens in die EU wichtig geworden sind, waren eher soziokultureller Natur und betrafen Fragen nach der Souveränität, den traditionellen Werten und der Religion.³⁹⁷ Indem die Zielkonzeption einer schnellen Integration Polens in die EU konkretisiert wurde, wurde auch die Aussicht auf supranationale Einbindung mit entsprechendem Verlust nationaler Souveränitätsrechte greifbar. Das lieferte nationalistischen Gruppierungen Argumente und sicherte den Protestparteien, die sich mit nationalen Themen profiliert haben, einen deutlichen Zuwachs. Diese Parteien tragen ein beträchtliches Polarisierungspotenzial im Parteiensystem in sich.

Die EU-Kritik lässt sich nicht nur aus rein strategischen Kalkülen der Parteien erklären. Vielmehr korrespondiert sie mit den Konfliktlinien, die Parteiensysteme und Politik in den Beitrittsländern strukturieren (Taggart/Szczerbiak 2001). Insofern ist es kein Zufall, dass der traditionell-konservative Euroskeptizismus,³⁹⁸ der eine Bedrohung nationaler Eigenarten bzw. der wieder gewonnenen nationalen Souveränität und Würde durch die EU-Mitgliedschaft feststellte, mit seiner Opposition zu katholisch-konservativen Gruppen und laizistischen Liberalen, markanter in der öffentlichen Diskussion repräsentiert wird. Den liberal-konservativen Euroskeptizismus, der die etatistischen Aspekte der ‚Brüsseler Bürokratie‘ kritisiert, kann man als Diskursstrategie interpretieren, die auf die sich neu herausbildende Konfliktlinie zwischen Etatismus und Liberalismus Bezug nimmt. Dieses Argumentationsmuster versucht die antikommunistische Kritik am paternalistisch-autoritären Staat mit neoliberalen Konzepten einer Marktwirtschaft ‚ohne Adjektive‘ zu verbinden. Der sozialistisch-populistische Euroskeptizismus, der die ökonomische Integration mit Westeuropa als Ausverkauf nationaler Vermögensgüter und mühsam erarbeiteter Werte, als Opferung des Landes gegenüber den Kräften des globalen Kapitalismus sieht, wurde vor allem durch populistische Parteien und klientelische Bauernparteien in Polen vertreten. Diese Argumentationslinie war bisher weniger präsent im öffentlichen Diskurs, weil die Arbeit-Kapital-Konfliktlinie in Mittel- und Osteuropa weniger entwickelt ist, und vor allem, weil die linksorientierten Parteien die Integration klar unterstützen.

Mit Blick auf die Vielfalt der Systeme gesellschaftlicher Interessenvermittlung in den westlichen Demokratien lassen sich damit schwerlich Prognosen wagen, welche Muster sich im postsozialistischen Polen durchsetzen werden. Auch die Forschung zu wesentlichen politischen Entwicklungen in Osteuropa nach 1989 ist dadurch geprägt, dass immer neue Modelle der Interpretation aktueller und zukünftiger Tendenzen auftauchen (Segert/Machos 1996). Gegenwärtig lassen sich auf der einen Seite Tendenzen zur Konzentration des Parteiensystems und mithin zur Integration vielfältiger sozioökonomischer Interessen in den „Volksparteien“ erkennen. Auf der Ebene

³⁹⁷ Auch die Meinungsumfragen deuten diese Tendenz. Sie zeigen, dass mehr als ein sozioökonomischer sich ein soziokultureller Hintergrund seit 1993 kontinuierlich als wichtigster Indikator für die Wahlentscheidung erwies vgl. Parandowska 2001: 4.

³⁹⁸ Die verschiedenen euroskeptischen Argumentationen vgl. Brusis 2000; Gyárfášová 2001; und allgemein Tang 2000.

der soziokulturellen Konflikte sind Prozesse der Interessenkonzentration, mithin der Rationalisierung von Konfliktstrukturen möglich. Inhaltlich oder strukturell verwandte Konflikte werden, wie sich beispielweise am deutschen Parteiensystem zeigen lässt (Rudzio 1996: 126-145), von den politischen Parteien aggregiert und in integrierte Politikangebote umgesetzt. Die Parteien mit Schwerpunkt auf nur einer Konfliktlinie können in der Zukunft unter stärkeren Anpassungsdruck geraten. Ähnliches kann im Hinblick auf die religiöse Konfliktlinie gesagt werden. Eine liberal-offene Weltsicht kann sich im Konsolidierungsverlauf mit dem Willen zur europäischen Integration verbinden; auf der anderen Seite sind weiterhin Affinitäten zwischen religiös-konservativen und nationalen Schwerpunkten in den Programmen der national-katholischen oder direkt populistischen Parteien vorhanden. Insgesamt tendieren also alle drei Konflikte mit vorrangig soziokultureller Bedeutung zu einem Gravitationszentrum um die Integration unterschiedlich strukturierter – religiöser, lebensanschaulicher – Minderheiten in eine unterstellte Gesamtgemeinschaft. Gelingt diese Integration, ergeben sich im Konsolidierungsverlauf Konzentrationsprozesse im Parteiensystem. Gelingt die Integration nicht oder nur teilweise, erscheint ein Parteiensystem eher erklärungsbedürftig als die in einer Vielzahl von Ländern derzeit noch erkennbaren Mehrparteiensysteme (Beichelt 2001: 189ff).

Welche Auswirkungen kann die starke Verbindung zwischen traditionellen *cleavages* und den EU-Positionen der Parteien in Polen auf die EU-Politik haben? Bis jetzt wurde fast ausschließlich über den Weg des eigenen Landes zum EU-Beitritt, statt über die eigene Rolle bzw. Positionierung innerhalb der EU diskutiert (vgl. Gyárfášová 2001). Der Definition einer „Mitgliedsidentität“ (Janusz Reiter) wurde nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Dies lag teilweise an der strategischen Zurückhaltung von Regierungsvertretern, exponierte Positionen zu beziehen, die bei Regierungen von Mitgliedstaaten mit einer anderen Grundhaltung zur Integration Besorgnis wecken und deren Bewertung des Beitrittswunsches beeinflussen könnten (Weiss 2004). Nun hat sich die Frage „ob und wie nach Europa“ zur Frage präzisiert, welches Europa geschaffen werden soll. Es hat sich bereits in der EU-Verfassungsdebatte gezeigt, dass die politischen Eliten in Polen über erstaunliche Definitionsspielräume verfügen, wenn es darum geht zu bestimmen, dass ihr Land stärkere Integrationsbereite oder eher intergouvernementalistische Grunddispositionen zur Zusammenarbeit in der EU bzw. zur Zukunft der EU einnimmt. Polens Mitreden über die Zukunft der EU - nach den asymmetrischen Beitrittsverhandlungen nun als gleichberechtigtes Mitglied - erhöht nicht nur die Vielstimmigkeit und stellt die Handlungsfähigkeit der EU vor neue Herausforderungen (die Machtfrage ist kein neues Thema in der EU), sondern bringt vor allem neue Dimensionen mit sich. Welche Bedeutung kann für die EU die Übergewichtung soziokultureller Konflikte haben, die als ein Merkmal nicht nur des polnischen Parteiensystem, sondern auch der anderen Parteiensysteme der gerade beigetretenen Ländern anzusehen ist?³⁹⁹ Besteht hier die Möglichkeit zur Übertragung von soziokulturellen Konflikten auf die europäische Ebene?

³⁹⁹ Nicht nur in Polen, sondern insgesamt im Beitrittsgebiet sind in jüngerer Zeit eine Reihe von Wahlkämpfen, hauptsächlich über die sozio-kulturelle Ebene gewonnen oder verloren worden, vgl. dazu: Vetter 2002, Gawrich 2003, Beichelt 2004.

C. Bedeutung für die EU-Politik

Die Bildung der Europäischen Gemeinschaft ist ursprünglich auf ökonomische Notwendigkeiten zurückzuführen, was noch immer die Priorität des wirtschaftlichen Elements begründen mag. Die Integration selbst war zunächst als Teilintegration selektiver Staatsaufgaben mit Schwerpunkt im Bereich der Wirtschaft konzipiert. Damit eng verbunden ist die Tatsache, dass die Errichtung der EG mehr ein Produkt der Ökonomie und des Rechts und weniger der Politik gewesen ist (Gröne 1993). Einerseits lässt sich die Wirtschaft im modernen Staat schwer von der Politik absondern, andererseits wurde die europäische Integration im Laufe der Zeit neben der Wirtschafts- und Währungsunion, stark von der politischen Kooperation oder sogar Integration, vom Zusammenwirken der politischen Subjekte geprägt. Diese Einbeziehung der Politik in den Prozess der europäischen Einigung⁴⁰⁰ bringt unvermeidlich die politischen Akteure, darunter auch die Parteien ins Spiel. Sie partizipieren an der europäischen Integration auf vielfache Art und Weise: Über ihre Fraktionen in den nationalen Parlamenten durch die Ratifizierung der verschiedenen Gemeinschaftsverträge in ihrer Funktion als Systeme politischer Interessenvermittlung; in der Umsetzung des EU-Sekundärrechts in den Parlamenten der Mitgliedstaaten, Ländern und Regionen; weiterhin im Europäischen Parlament in den supranationalen Parteizusammenschlüssen und durch ihre Vertreter in Rat, Kommission und Ausschüssen (Rucht 1993, Maurer 1998).

Den Parteien wird in der neofunktionalistischen Integrationstheorie, mehr noch als den supranational organisierten Interessenverbänden, eine herausragende Stellung als Träger der politischen Integration Europas zugesprochen (Haas 1958: 437), sie werden aber nicht als „Vorreiter“ des Integrationsprozesses betrachtet (Gresch 1978). Die politischen Parteien werden auf der europäischen Ebene als nicht übermäßig relevanter Faktor angesehen (Pfetsch 2001, Hartmann 2001, Kohler-Koch u.a. 2002), sondern nur als indirekte Akteure betrachtet (Maurer 1998: 311, Gaffney 1996: 2). Man darf dabei nicht vergessen, dass erstens: mit der Ausweitung der Parlamentskompetenzen des Europäischen Parlaments (EP) die Rolle der Fraktionen innerhalb des EP ebenfalls aufgewertet wird und zweitens: – wichtiger in diesem Kontext - dass fast alle politischen Akteure in der EU Parteipolitiker sind, Vertreter nationalstaatlicher Parteien, gemäß nationalstaatlich geltendem Wahlrecht entsandt, und einem nationalstaatlichen Publikum gegenüber verantwortlich. Als solche sind die Parteien in Wahlkämpfen – auch zum EP – zentral, stehen für die Verbindung zwischen Bevölkerung und nationalstaatlichen wie supranationalen Institutionen und stellen daher den wichtigsten Transmissionsriemen für das Verhältnis von Inputs und Outputs auf europäischer Ebene dar (Hix/Noury/Roland 2004).

⁴⁰⁰ Dieser mit der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte begonnene Prozess wurde von den Verträgen von Maastricht und Amsterdam weitergeführt. Dadurch kam es mehr und mehr zur Übertragung weitere Bestandselemente (u.a. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres, aber auch Europäisierung von Kulturkompetenzen oder Unionsbürgerschaft) der bisher nationalen staatlichen Gewalt auf eine supranationale Ebene.

Anhaltspunkte für eine Parteipolitisierung der europäischen Politik bieten beispielweise die Beobachtungen von Hix (2004c). Seine Studien ergeben, dass Entscheidungen im Europäischen Parlament zunehmend in Anlehnung an die Programmatik von Parteifamilien getroffen werden. Die Themen und das Abstimmungsverhalten im EP drehen sich nicht mehr vorrangig um die Frage: mehr oder weniger Integration, sondern orientieren sich an dem aus den nationalen Arenen bekannten Rechts-Links-Schema:

Our main findings are, first, that coalition-formation in the European Parliament occurs along the classical left-right dimension and, second, that cohesion of the main party groups has grown as the powers of the Parliament have increased and as the importance of those party groups has grown (Hix 2004c).

Es ist insofern wichtig, dass in den meisten Parteiensystemen Westeuropas der Hauptkonflikt auf der Rechts-Links-Achse vor allem sozioökonomisch aufgeladen ist. Dies liegt am Schwächerwerden der historisch wichtigen religiösen und regionalen Konfliktlinien, die während des langen wirtschaftlichen Aufschwungs seit dem Zweiten Weltkrieg und im Prozess der Säkularisierung an Bedeutung verloren haben (Beichelt 2004d: 8). In der Vergangenheit kam den Klassen- wie auch der Konfessionszugehörigkeit die größte politische Bedeutung zu. Inzwischen entzündeten sich konfessionell-religiöse Kontroversen lediglich noch an wenigen symbolträchtigen Themen und haben in den pluralisierten Gesellschaften einen spürbaren Bedeutungsverlust erfahren. Es lassen sich vor allem zwei Konfliktlinien benennen, die die politischen Kontroversen der 90er Jahre in Westeuropa prägten (Betz 1993, Kitschelt 1994, 1996, Eith 2001). Eine dominierende Konfliktdimension bezieht sich auf Fragen der zukünftigen Wirtschaftspolitik und sozialen Absicherung. Eine zweite, nachgeordnete Konfliktlinie resultiert aus den Prozessen des Wertewandels der letzten Jahrzehnte (Ingleharts 1977, 1989).

Wie fügen sich nun die Parteien der Neumitglieder in die gesamteuropäische Parteienlandschaft ein, die sich erst in der 90er Jahren zur den Europaparteien entwickeln hat, ein?⁴⁰¹ Legt die Osterweiterung der Europaparteien die Grundlagen für eine gute Kooperation oder bedeutet sie eher – wie bereits manche Autoren prognostizieren – einen „Zusammenprall der Werte“ (Freudenstein 2005: 251) oder eine „zunehmender Heterogenität“ (Day 2005: 223) innerhalb der

⁴⁰¹ Mit dem Vertrag von Maastricht (1992) kam zur Aufwertung europäischer Parteienbünde zu Europaparteien. Artikel 191 sieht die politischen Parteien auf europäischer Ebene als wichtiger Faktor der Integration in der Union. (Vertragstext Groeben 1992). Die Europäische Volkspartei (EVP) hatte bereits im November 1990 sich als erste eine neue Satzung gegeben, die den Anspruch, eine europäische Partei zu werden. Kurz darauf, im November 1992, trat die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) die offizielle Nachfolge des bereits 1974 entstandenen Bundes der Sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft an. Die Europäische, Liberale und Demokratische Reformpartei (ELDR) wurde im Dezember 1993 formell als Nachfolgerin der ebenfalls seit 1976 existierenden Föderation der Europäischen Liberalen und Demokraten gegründet. Vier Monate vor der Europawahl 2004 trat schließlich die Europäische Grüne Partei (EGP) die formelle Nachfolge der bereits im Sommer 1993 gegründeten Europäischen Föderation Grüner Parteien (EFGP) an. (vgl. Deinzer 1999). Vorerst sind diese Parteienzusammenschlüsse jedoch noch weit davon entfernt, "echte" europäische Parteien zu sein. Es fehlt ihnen vor allem an gemeinsamen Wahlprogrammen. Eine Stärkung europäischer Parteien bedeutet hingegen die am 19. Juni 2003 vom Europäischen Parlament (EP) gebilligte Verordnung über die Satzung und Finanzierung von Parteien auf EU-Ebene. Auch von dem neuen Verfassungsvertrag sind erhebliche Impulse auf die Normalisierung des politischen Systems der EU zu erwarten. Zur Tätigkeit und

europäischen Parteienfamilien? Welche Rückwirkungen auf die EU sind zu erwarten? Und nicht zuletzt stellt sich die Frage, wie es nach der Osterweiterung mit der Europafreundlichkeit der Parteien aussieht.

Mit der Erweiterung der EU erweitert sich auch das politische System um die Parteien der beigetretenen Länder. Obwohl die Aufnahme neuer Mitglieder in die Europaparteien an Bedingungen wie die Einhaltung demokratischer Standards und eine programmatische Kompatibilität mit den Leitlinien der Parteifamilie geknüpft ist, zeichnet sich ab, dass der Erfolg der Konditionalität beschränkt ist. Zwar fügen die neuen Mitglieder sich den allgemeinen Prinzipien und Satzungsrichtlinien, sie sind aber von der Transformation ihrer Länder geprägt und bringen eigene Vorstellungen von der Zukunft Europas, sowie unterschiedlichste Politikstile mit (Day 2005: 223). Die Probleme, die die Osterweiterung der Europaparteien mit sich bringt, können hier lediglich angedeutet werden. Die polnischen Parteien haben vor allem die Europäische Volkspartei (EVP),⁴⁰² die Sozialdemokraten, (SPE) und die Unabhängigen (iD) gestärkt. Für die Volksdemokraten sieht Freudenstein (2005: 257) bereits Probleme vorher, die mit der Aufnahme neuer Mitglieder entstehen können. Die drei großen Themen der meisten beigetretenen Staaten werden vor allem Antitotalitarismus und Christentum in den Wertedebatten, Deregulierung in der Wirtschaftspolitik sowie Atlantizismus in Fragen der europäischen Sicherheit sein. Außerdem wird man unter den beigetretenen Staaten wenig Sympathie für manche Elemente politischer Korrektheit oder auch bewusster Liberalität erwarten dürfen, die unter vielen EVP-Parteien längst Eingang in die Programme gefunden haben: so z.B. die Genderfrage, Ökologie, Behindertenpolitik oder Gleichstellung Homosexueller. Dies sind Themen, die in den politischen Diskursen Ostmitteleuropas noch nicht existieren oder falls doch, eindeutig der Linken zuzurechnen sind.

Nicht viel anders sieht die Situation im sozialdemokratischen Lager.⁴⁰³ Die reformierten Nachfolgerparteien der ehemaligen Staatsparteien „stürzten“ sich auf Europa, nahmen den klaren Modernitätskurs und unterstützten die Transformationsreformen, obwohl die Transformation im Kern ja ein liberales Projekt zur Einführung des Kapitalismus war. Sie wollten sich dadurch bewusst von ihrer Vergangenheit distanzieren und andererseits mit ihren europapolitischen Positionen im Wettbewerb mit den religiösen und nationalistischen Rechten profitieren (vgl.: Lang 2000). Nach Dauderstädt (2005) wird es auf auch der linken Seite des erweiterten Europas Konflikte vor allem innerhalb Außen- und Wirtschaftspolitik geben. Betrachtet man die Haltungen der einzelnen Parteien zu Europa unter außenpolitischen Gesichtspunkten, lässt sich im sozialdemokratischen Spektrum eine deutliche Trennlinie zwischen „Atlantikern“ und „Europäern“ ausmachen. Unter wirtschaftspolitischen Aspekten sind die polnischen Sozialdemokraten bereits als „kryptoliberal“ (Bugajski 2002: 172) kritisiert worden und werden zunehmend stärker von nationalpolitischen Positionen geprägt.

Entwicklung der Europäischen Parteien siehe die Beiträge in Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hg.): Jahrbuch der Europäischen Union, Bonn 1980ff.

⁴⁰² PO ist bereits EVP-Mitgliedsparter, PSL hat den Interessenten Status (im EP sind aber von 4 Abgeordneten der PSL 3 bei UEN und nur 1 bei EVP vertreten), PiS zog ihren schon gestellten Beitrittsantrag zur EVP-ED Fraktion zurück, nachdem im Sommer 2003 die CDU/CSU-Fraktion sich hinter die Forderungen zur Errichtung eines Vertreibungszentrums in Berlin stellte und statt dessen trete sie der nationalistischen Fraktion Union für das Europa der Nationen im EP bei.

⁴⁰³ Ausführlich siehe: Dauderstädt u.a. 1999 und Crook u.a. 2002.

Neben EVP und SPE hat die Liga der Polnischen Familien (LPR) die Fraktion der Unabhängigen für ein Europa der Nationen (iD) - ein Zusammenschluss Europaskeptischer Abgeordneten im Europaparlament - gestärkt. Damit ist Polen in großem Maße dafür verantwortlich, dass die EU einen Zuwachs an einer bestimmten Art des Anti-Europäismus hinnehmen muss.

Insgesamt ist das integrations skeptische Potenzial in Parteiensystemen der Beitrittsländern beträchtlich. Für Befürworter des Integrationsprozesses ist weniger die absolute Stärke des Europaskeptizismus bedenklich. Dieser ist in den Parlamenten eher schwächer als die politischen Einstellungen vermuten ließen. Hindernisse für eine weitere Integration treten vielmehr durch die Kombination von Polarisierung und Fragmentierung in einigen Parteiensystemen auf. Der konsensuale Charakter des Europa-Themas könnte nach dem Beitritt auch in anderen Ländern in Frage stehen (Beichelt 2005: 88).

Wie steht es mit der Europafreundlichkeit der Parteien nach der Osterweiterung? In den nationalen Parteiensystemen der alten EU-Mitgliedstaaten hat es seit dem Bestehen der EG/EU mit wenigen Ausnahmen⁴⁰⁴ Mehrheiten für den europäischen Einigungsprozess gegeben. In der EU-15 existieren wichtige institutionelle Mechanismen, die der Europafreundlichkeit der meisten politischen Parteien Vorschub leisten. Darüber hinaus sind die ideologischen und programmatischen Grundlagen der meisten Parteien und Parteienfamilien mit den Implikationen der europäischen Integration kompatibel (Beichelt 2005: 74). In den meisten Parteiensystemen der alten EU existiert eine strukturelle programmatische Mehrheit pro-europäischer Kräfte, die zusätzlich zu den institutionellen Mechanismen eine tendenziell europafreundliche Politik erwarten lassen. Nach der Osterweiterung besteht zwar weiterhin ein Übergewicht integrationsfreundlicher Kräfte in Europa. Auffällig ist hier die strukturelle Mehrheit proeuropäischer Kräfte in fast allen Staaten des Beitrittsgebiets. Auf der anderen Seite bringt die Erweiterung jedoch ein erweitertes Spektrum von Positionen, die dem europäischen Einigungsprozess keineswegs freundlich gegenüber stehen. Insbesondere in Polen, aber auch in Tschechien verfügen sie über eine beträchtliche Verhinderungsmacht. Darüber hinaus haben die EP-Wahlen vom Juni 2004 gezeigt, dass es sich beim Wahlerfolg EU-kritischer Kräfte nicht allein um ein mitteleuropäisches Phänomen handelt. In Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Schweden zusammen mit Litauen, Polen, der Slowakei und Tschechien haben Kräfte mit Distanz zur Praxis und/oder zur Idee des europäischen Integrationsprozesses über zehn Prozent der im EP zu vergebenden nationalen Mandate gewonnen.⁴⁰⁵ Der Charakter des europäischen politischen Systems wird sich ändern, wenn der Anteil der mit dem Integrationsprozess Unzufriedenen nicht auf Dauer gesenkt werden kann.

Welche Rückwirkungen auf die EU sind angesichts der hier gezeigten Entwicklungen und Ergebnisse dieser Arbeit und anderer Analysen (Gawrich 2003, Vetter 2002, Beichelt 2004d), die eine Übergewichtung soziokultureller Konflikte in den Beitrittsländern feststellen, zu erwarten? Die kulturelle Dimension kann von besonderer Bedeutung für die EU werden, weil sie maßgeblich darüber

⁴⁰⁴ Großbritannien während der Amtszeit Margaret Thatchers und vielleicht unter John Major, Griechenland zu Zeiten der PASOK-Regierung in den 90er Jahren.

⁴⁰⁵ Vgl.: die Wahlergebnisse im Internet unter: <http://www.elections2004eu.int/elections.html> sowie: Hrbek 2005, Beichelt 2005.

bestimmt, welche Position in der Integrationsfrage eingenommen wird. Hier ist eine Konflikträchtigkeit bei identitätsberührenden Policies zu erwarten. Ein erstes Beispiel dafür war im Konflikt um den Gottesbezug in der Präambel der Europäischen Verfassung zu sehen. Hier wurden die Probleme vor dem Beitritt und nur mit begrenztem Verständnis für die kulturellen Besonderheiten in Polen geregelt. Aber die EU steht noch vor der Ratifizierung der Verfassung in den Mitgliedsländern.

Es ist abzusehen, dass auch nach dem Beitritt politische Akteure eine Rolle spielen werden, die vorrangig über Wählermobilisierung auf den soziokulturellen Konfliktlinien zu ihren Ämtern gekommen sind. Zumindest werden soziokulturelle Konflikte in der EU durch die Osterweiterung deutlich aufgewertet. So kann von der Aufnahme der neuen Mitglieder nicht zuletzt eine Stärkung der Diskussion um die kulturellen Grundlagen Europas erwartet werden. Oder hat diese Diskussion bereits begonnen? Man könnte dieser Auffassung sein, wenn man die Debatte um die Erweiterung der Union um die islamisch geprägte Türkei oder den „Fall Buttiglione“⁴⁰⁶ vor Augen hat. Als Kommissions-Kandidat wurde der konservative Katholik wegen seiner persönlichen, religiösen Überzeugungen durch Sozialdemokraten, Liberale, Grüne und Kommunisten abgelehnt. Angesichts dieser Befunde lässt sich durchaus auch eine andere Frage danach stellen, ob nicht die kulturell dominierten Politikmuster junger Demokratien bereits heute mögliche Entwicklungsperspektiven des zukünftigen parteipolitischen Wettbewerbs in den etablierten westlichen Demokratien aufzeigen. Es könnten die bislang dominierenden sozioökonomischen Konfliktlinien zunehmend ihrer Basis beraubt werden und kulturelle Konfliktmuster wieder mehr an Bedeutung gewinnen.

Zusammenfassend bekommt bei dieser Art von Konflikten die europäische Integration einen eigentümlichen Status. Wenn man sich den innenpolitischen Konflikt anschaut, stellt „Europa“ für – in einem weiten Wortsinn – liberale Kräfte eine zusätzliche Legitimationsressource dar: Zum Ideenfundus der liberalen Parteienfamilie gehören der Gedanke des wirtschaftlichen Wettbewerbs, das gesellschaftliche Programm der Säkularisierung und Emanzipation sowie die Etablierung von Individualrechten anstelle von Kollektiv- und Gruppenrechten in Hinblick auf die Minderheitenpolitik. Einzelne Elemente finden sich in den Familien der gemäßigten Rechten und Linken wieder. Das nationalbürgerliche Lager und die sozialistische Linke dagegen stehen dem Integrationsprozess weitaus skeptischer gegenüber. Aus dieser Konstellation erwächst mit dem Prozess der europäischen Integration ein beträchtliches Instrumentalisierungspotential. Für national-konservative und linke sozialdemokratische oder sozialistische Kräfte besteht stets die Gefahr, mit einem Abweichen vom liberalen Mainstream gleichzeitig das Etikett des Euro-Skeptismus angehängt zu bekommen. Diese Erfahrung, die z.B. die bayrische CSU seit Jahren macht, erhält in Ostmitteleuropa eine neue Dimension, wenn die Transformationserfahrung und sozioökonomische Rückständigkeit der populistischen Parteien von Rechts oder Links einen erhöhten Spielraum schaffen. Das Symbol „Europa“ wird damit gleichzeitig zu einem Instrument, der Wählerschaft das Abweichen vom

⁴⁰⁶ Der designierte Justizkommissar Rocco Buttiglione hatte Ansichten geäußert, die man als rückschrittlich bis diskriminierend empfunden hat („Homosexualität sei eine Sünde, Aufgabe der Frau sei es, in der Ehe Kinder zu gebären, der Mann habe den dafür notwendigen Schutz zu schaffen“ - so Buttiglione) und hat dadurch das Scheitern der neuen EU-Kommission im Europäischen Parlament verursacht.

Mainstream zu demonstrieren und mit Radikalisierung Distinktionsgewinne zu erzielen. In diesem Zusammenhang stellt Beichelt (2004c) die Frage, ob der Beitritt der mitteleuropäischen Staaten das Verständnis dafür schärft, dass sich die europäische Politik als ein Spiel mit inhärenten inner-, trans- und internationalen Konflikten darstellen wird. Ähnlich wie die Theorie der internationalen Politik ab einem bestimmten Punkt der Theoriebildung nicht mehr einfach von der Kohärenz staatlicher Interessen ausgehen konnte, lenken die stark segmentierten Gesellschaften Mitteleuropas den Blick auf innergesellschaftliche Konflikte, die zunehmend den Charakter der Politik auf EU-Ebene bestimmen.